

Medienspiegel Woche 27 / 2016



HarmoS / Dudli Bruno / Blaser Urs / Zuzwil

infolwilplus.ch, 01.07.2016

[Das Schulkonkordat HarmoS ist umstritten](#) 1

Tagblatt 2. Juli 2016

[Das Schulkonkordat HarmoS ist umstritten](#) 2

[Leserbrief zum Artikel vom 28.06.2016 im St. Galler Tagblatt: „Nicht unbegleitet einsteigen“](#) 3

Klassen-Chat / Facebook / Gruppenzwang / Computerspiele

Tagblatt, 3. Juli 2016

[Gruppenzwang Klassen-Chat](#) 4

[Chatten? Nur mit Freunden](#) 5

[Games Digitale Lego-Steine oder kriminelle Karriere](#) 6

Zürich / Newsletter / Sekundarschüler

Komitee «Lehrplan vors Volk», 3.7.2016

[Vierter Newsletter von „Lehrplan vors Volk!“](#) 7

NZZ, 5.7.2016

[Überforderte Sekundarschüler](#) 8

Roboterisierung / Rechtsbruch / Verantwortung / Menschenbildung

Bote vom Untersee und Rhein, 5. Juli 2016

[Der Wahrheit, der Schule und der Demokratie die Ehre erweisen!](#) 9

Künzli Rudolf / Bildungsplan / HarmoS / Schuladministration / EDK / Lehrplan / Bundesgericht

Tages-Anzeiger, 04.07.2016

[«Der Lehrplan 21 ist das Resultat von Übereifer»](#) 10

[Der Schulstreit kommt jetzt vor Bundesgericht](#) 12

Sprachenstreit / Fremdsprachen / Berset Alain / Thurgau / Methoden / Lehrmittel

Tagblatt, 6. Juli 2016

[Bundesrat greift in Sprachenstreit ein](#) 13

[Bundesrat will Französisch in der Primarschule vorschreiben](#) 14

Tages-Anzeiger, 06.07.2016

[«Ich rechne mit einem Aufschrei in den Kantonen»](#) 14

NZZ, 7.7.2016

[Bersets heikler Eingriff im Sprachenstreit](#) 15

[Kantone kritisieren den Bundesrat – ein Referendum droht](#) 16

Tagblatt, 7. Juli 2016

[Jetzt zeuselt Berset am Pulverfass](#) 18

[Tages-Anzeiger, 07.07.2016](#)

[Der Sprachenstreit beginnt schon beim Lehrmittel](#) 19

NZZ, 8.7.2016

[Raclette reicht nicht](#) 21

Tagblatt, 8. Juli 2016

[Thurgauer empört über Bundesrat](#) 22

Baselland / Initiative / Lehrplan / Lerninhalte statt Kompetenzen

Starke Schule Baselland, 7. Juli 2016

[Lehrplan mit klaren Inhalten statt diffusen Kompetenzbeschreibungen](#) 23

20 Minuten, 07. Juli 2016

[Starke Schule Baselland will Lehrplan umbauen](#) 24

ADHS / Ritalin / Studien / Diagnosen

Zeit-Fragen, 21.6.16

[ADHS – eine längst fällige Diskussion zu Ende führen](#) 25

infowilplus.ch, 01.07.2016

Das Schulkonkordat HarmoS ist umstritten



Sie prägten den Informationsanlass der FDP Regionalpartei, von links: Bruno Dudli, Franz Mächler, Urs Blaser, Susanna Hofmann

Die Mitgliederversammlung der FDP fand im Rössli-Saal Zuzwil statt.

Ernst Inauen

Vor der ordentlichen Hauptversammlung der FDP-Regionalpartei Wil-Untertoggenburg legten bei einem spannenden Podiumsgespräch Befürworter und Gegner der Initiative „Ausstieg aus dem HarmoS-Konkordat“ ihre Argumente dar.

Die Meinungen über das HarmoS-Konkordat gehen weit auseinander. Das zeigte sich auch am Informationsabend, der kaum zu einer klaren, endgültigen Meinungsbildung beitrug. Der interkantonalen Vereinbarung über eine Harmonisierung der obligatorischen Schule sind zehn Kantone beigetreten, elf Kantone blieben ihr fern. Um etwas mehr Informationen über das komplexe Thema zu verbreiten, organisierte die FDP-Regionalpartei ein öffentliches Podiumsgespräch, zu dem auch Nichtmitglieder eingeladen waren. Das Interesse war denn auch recht gross, wie die zahlreiche Anwesenheit vor allem von SVP-Mitgliedern zeigte.

„Von Fesseln befreien“

Unter der Leitung des Wiler Moderators Franz Mächler argumentierten Kantonsrat Bruno Dudli (SVP) als Befürworter und Urs Blaser, Schulpräsident, Erziehungsrat, Stadtrat Gossau (FDP) als Gegner der Initiative. Bruno Dudli beleuchtete die Ausgangslage des HarmoS-Konkordats und die aktuelle Situation im Kanton St.Gallen, wo die Bevölkerung 2008 dem Konkordat zustimmte. Die Nachbarkantone Thurgau, Appenzell und Graubünden lehnten hingegen einen Eintritt ab. Dudli setzt sich vehement für einen Austritt ein. „Unsere Zielsetzung ist der Austritt aus dem HarmoS-Konkordat. Der Kanton St.Gallen soll sich aus den HarmoS-Fesseln befreien“. Auch bei den Lehrpersonen habe eine Umfrage bezüglich Fremdsprachen gegensätzliche Meinungen ergeben, sprach Dudli den Fremdsprachenunterricht des Lehrplans 21 in der Primarschule an.

Mobilität führt zu Schulwechseln

Die Argumentation gegen einen Austritt aus dem HarmoS-Konkordat präsentierte Urs Blaser. Gemäss Artikel 62 der Bundesverfassung regeln die Kantone das Schulwesen. In gewissen Bereichen kann der Bund jedoch Vorschriften erlassen, wenn keine Harmonisierung erreicht wird. Artikel 15 des Sprachengesetzes fordert, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache verfügen. Blaser widerlegte die Meinung, dass das Konkordat die Schulhoheit der Kantone beeinträchtigt. Es koordiniere nur die wesentlichen Eckpunkte des Schulwesens. In den letzten zehn Jahren habe sich die Dauer der obligatorischen Schulzeit in der Primar- und Sekundarstufe vereinheitlicht. „Die Volksschule im Kanton St.Gallen mit ihren 50‘000 Schülern und 6‘500 Lehrpersonen war schon vor dem Beitritt zum Konkordat „HarmoS-kompatibel“, erklärte Blaser.

Offene Meinungsbildung

Nach den ausführlichen Argumentationen fühlte Moderator Franz Mächler den Rednern mit provokanten Fragen auf den Zahn. Dudli sieht zwei Fremdsprachen in der Primarschule nicht als förderlich an, zuerst sollten die Schüler in der eigenen Muttersprache sattelfest sein. Die Herausforderung beim Fremdsprachenunterricht sei von der Intensität abhängig, sagte Blaser. Bei der heutigen Mobilität sei eine Harmonisierung jedoch sehr wichtig. Trotz Kritik habe der Kanton St.Gallen ein vorbildliches Bildungssystem. Nach dem spannenden Streitgespräch kamen auch aus dem Publikum kritische Voten für oder gegen das HarmoS-Konkordat und die Schulbildung im Allgemeinen. Eine klare Meinung zu HarmoS kristallisierte sich nicht heraus. Beim Apéro wurde weiter über die Thematik diskutiert. So äusserte sich ein Vertreter der Jungfreisinnigen dahingehend, dass die Schuljugend Fremdsprachen leicht lernen und dass in der globalisierten Wirtschaft mindestens die englische Sprache von grösster Wichtigkeit sei.

http://www.infowilplus.ch/ieu/write/artikel/2016/KW_26/Zuzwil/Artikel_23957/

Tagblatt 2. Juli 2016

Das Schulkonkordat HarmoS ist umstritten



Podium mit Moderator Franz Mächler, Kantonsrat Bruno Dudli und Erziehungsrat Urs Blaser (v. r.). (Bild: Ernst Inauen)

Vor der ordentlichen Hauptversammlung der FDP-Regionalpartei Wil-Untertoggenburg legten bei einem Podiumsgespräch Befürworter und Gegner der Initiative «Ausstieg aus dem HarmoS-Konkordat» ihre Argumente dar. Die Bevölkerung des Kantons St. Gallen stimmte dem Konkordat 2008 zu.

ERNST INAUEN

ZUZWIL. Die Meinungen über das HarmoS-Konkordat gehen weit auseinander. Der interkantonalen Vereinbarung über eine Harmonisierung der obligatorischen Schule sind zehn Kantone beigetreten, elf Kantone blieben fern. Um etwas mehr Informationen über das komplexe Thema zu verbreiten, organisierte die FDP-Regionalpartei ein öffentliches Podiumsgespräch, zu dem auch Nichtmitglieder eingeladen waren. Das Interesse war auch recht gross, wie die zahlreiche Anwesenheit vor allem von SVP-Mitgliedern zeigte.

«Von Fesseln befreien»

Unter der Leitung von Moderator Franz Mächler argumentierten Kantonsrat Bruno Dudli, SVP, als Befürworter und Urs Blaser, Schulpräsident, Erziehungsrat, Stadtrat Gossau, als Gegner der Initiative. Bruno Dudli beleuchtete die Ausgangslage des HarmoS-Konkordats und die aktuelle Situation im Kanton St. Gallen, wo die Bevölkerung 2008 dem Konkordat zustimmte. Bruno Dudli setzt sich vehement für einen Austritt ein. «Unsere Zielsetzung ist der Austritt aus dem HarmoS-Konkordat. Der Kanton St. Gallen soll sich aus den HarmoS-Fesseln befreien.» Die Nachbarkantone Thurgau, Appenzell und Graubünden lehnten einen Eintritt ab. Auch bei den

Lehrpersonen habe eine Umfrage bezüglich Fremdsprachen gegensätzliche Meinungen ergeben, sprach Dudli den Fremdsprachenunterricht des Lehrplans 21 in der Primarschule an.

Die Argumentation gegen einen Austritt aus dem HarmoS-Konkordat präsentierte Urs Blaser. Gemäss Artikel 62 der Bundesverfassung regeln die Kantone das Schulwesen. In gewissen Bereichen kann der Bund Vorschriften erlassen, wenn keine Harmonisierung erreicht wird. Artikel 15 des Sprachengesetzes fordert, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache verfügen. Er widerlegte die Meinung, dass das Konkordat die Schulhoheit der Kantone beeinträchtigt. Es koordiniere nur die wesentlichen Eckpunkte des Schulwesens. In den letzten zehn Jahren habe sich die Dauer der obligatorischen Schulzeit in der Primar- und Sekundarstufe vereinheitlicht. «Die Volksschule im Kanton St. Gallen mit ihren 50 000 Schülern und 6500 Lehrpersonen war schon vor dem Beitritt zum Konkordat «HarmoS-kompatibel», so Blaser.

Offene Meinungsbildung

Nach den ausführlichen Argumentationen fühlte Moderator Franz Mächler den Rednern mit provokanten Fragen auf den Zahn. Dudli sieht zwei Fremdsprachen in der Primarschule nicht als förderlich an, zuerst sollten die Schüler in der Muttersprache sattelfest sein. Die Herausforderung beim Fremdsprachenunterricht sei von der Intensität abhängig, sagte Blaser. Bei der heutigen Mobilität sei eine Harmonisierung sehr wichtig. Trotz Kritik habe der Kanton St. Gallen ein vorbildliches Bildungssystem. Nach dem spannenden Streitgespräch kamen auch aus dem Publikum kritische Voten für oder gegen das HarmoS-Konkordat und die Schulbildung im Allgemeinen. Eine klare Meinung zu HarmoS kristallisierte sich nicht heraus.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/wil/wv-wi/Das-Schulkonkordat-HarmoS-ist-umstritten;art119831,4677512>

Leserbrief zum Artikel vom 28.06.2016 im St. Galler Tagblatt:
[„Nicht unbegleitet einsteigen“, Lehrplan 21 bringt Fortschritt.](#)

Wie der „Fall Paul“ zeigt, ist es absolut wichtig, dass die Kinder über die Gefahren der neuen Medien aufgeklärt werden. Dafür aber braucht es den Lehrplan 21 nicht! Beim Erwerb von Medienkompetenz im Lehrplan 21 nehmen die sogenannten Anwendungskompetenzen (können Geräte ein- und ausschalten, Programme starten und beenden, Dokumente selbstständig ablegen und wieder finden, mit der Tastatur Texte schreiben etc.) einen grossen Platz ein. Das hat nichts mit Medienkompetenz zu tun, wenn wir den Kindern jetzt schon in der Primarschule den Computer nahebringen. Am Swiss Economic Forum wurde sogar das Programmieren in der Primarschule gefordert.

Für einen verantwortungsbewussten Umgang mit dem Computer braucht es ein stabiles Fundament an Wissen in Deutsch, Mathematik, Geschichte usw. und das kommt heute in der Schule viel zu kurz. Nur so ist eigenständiges Denken möglich. Darüber hinaus braucht es emotionale Grundfähigkeiten, um mit Medien kritisch umzugehen. Die emotionalen und sozialen Grundfähigkeiten erwerben sich die Schüler indem sie in der Klassengemeinschaft angeleitet vom Lehrer gemeinsam lernen und nicht durch selbstorganisiertem Lernen (SOL) wie es der Lehrplan 21 vorsieht.

Gabriella Hunziker, Mühlrüti.

Tagblatt, 3. Juli 2016

Gruppenzwang Klassen-Chat

Ohne Smartphone in der Oberstufe? Keine Chance. Lehrer kommunizieren mit den Schülern via Chat. Ohne WhatsApp wird man zum Aussenseiter. Dabei wäre die App erst ab 16 Jahren erlaubt.



An einem Wochenende sammeln sich schon mal 500 Nachrichten im Klassen-Chat an.

Bild: CHRISTOF SCHUERPF (KEYSTONE)

JULIA NEHMIZ

ST.GALLEN. Die Sechstklässler einer St.Galler Primarschule sind ratlos. Zwar haben die meisten schon ein Smartphone, aber eben nicht alle. Müssen die sich nun eines kaufen? «Wir hatten gestern Besuchstag in der Oberstufe. Unsere neue Lehrerin hat gesagt, wir brauchen alle ein Smartphone, damit wir einen Klassen-Chat auf WhatsApp einrichten können», erzählt ein 13-Jähriger.

Was der Oberstufenlehrerin wohl entgangen ist: In den Nutzungsbedingungen von WhatsApp heisst es, dass man mindestens 16 Jahre alt sein muss, um die Anwendung zu nutzen. Beim Installieren der App wird das Mindestalter jedoch nicht kontrolliert. Ein anderer Sechstklässler fragt: «Wenn die Lehrerin nun sagt, ich soll WhatsApp installieren, was soll ich dann machen?»

Kinder sind immer erreichbar

Die Primarlehrer ärgert das masslos. Es gebe andere Wege der Kommunikation, um die Schüler zu erreichen. Hausaufgaben könne man auch in der Schule besprechen. Und wenn der Lehrperson erst am Sonntagabend einfällt, dass die Schüler Pappkarton zum Basteln mitbringen müssen – dann sei es halt zu spät. «Bei grossen Konzernen werden die Mailprogramme am Wochenende abgestellt, damit die Mitarbeiter abschalten können. Aber bei Kindern fängt man an, permanente Erreichbarkeit zu verlangen. Das ist doch absurd», sagt die Primarlehrerin.

«Das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass meine Lehrer zu den Schülern sagen, sie müssten ein Smartphone haben», sagt der Leiter der betreffenden Sekundarschule. Es sei klar: Die Schule gebe den Eltern nicht vor, welche Geräte die Jugendlichen haben sollten. Dass Lehrer mit den Schülern via Klassen-Chat kommunizieren, findet er in Ordnung. Aber: «Es wäre mir neu, dass es keine Telefonkette mehr gibt.» Denn die Lehrperson müsse gewährleisten, dass wichtige Informationen bei allen Kindern ankommen. «Sonst müsste ich als Schulleiter vehement dagegen sein.» Aber werden seine Schüler nicht angestiftet, eine Regelwidrigkeit zu begehen? Fast keiner der Sekt Schüler ist 16 Jahre alt. «Die meisten benutzen WhatsApp schon. Wenn die Eltern das erlauben, geht das für mich in Ordnung.»

Für viele Eltern geht das aber nicht in Ordnung. Sie nerven sich ob der ständigen Erreichbarkeit der Kinder. «Unsere 14jährige Tochter checkt jeden Morgen ihr Handy, damit sie keine wichtige Nachricht im Klassen-Chat verpasst.» Die Tochter besucht eine Sek in der Innenstadt. Zu Beginn der 7. Klasse hätten noch nicht alle Kinder ein Smartphone gehabt. Das habe sich schnell geändert. «Per Klassen-Chat wurde mitgeteilt, dass die erste Lektion ausfällt. Die Schüler ohne Smartphone standen dann in der Schule.»

Im Chat wird alles besprochen

Ohne Smartphone werde man zum Aussenseiter. «Im Klassen-Chat wird alles besprochen», sagt der Vater. Ohne WhatsApp kann man nicht mitreden, nicht abmachen. Wenn die Familie ein Wochenende offline verbringt, will die Tochter am Sonntagabend die 500 Nachrichten im Chat lesen, damit sie am Montag mitreden kann. Man habe das an einem Elternabend angesprochen, die Schulleitung habe versprochen, sich darum zu kümmern – geändert habe sich nichts.

So schnell wird sich auch nichts ändern. Das Schulamt der Stadt St.Gallen sagt, es sei Schulen und Lehrern selber überlassen, den Umgang mit Smartphone und Klassen-Chat zu regeln.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Gruppenzwang-Klassen-Chat;art120094,4678309>

Tagblatt, 3. Juli 2016

Chatten? Nur mit Freunden

Schon Primarschüler besitzen Smartphones. Und tragen somit die Bedrohung in der Hosentasche mit sich. Denn längst nicht alle Eltern wissen, was ihre Kinder im Netz treiben. Die Schüler zweier Primarklassen erzählen offen, wie sie sich im Internet bewegen, was sie dort erleben – und was sie ihren Eltern sagen.

JULIA NEHMIZ

Früher wurden Kinder gewarnt: «Steig nicht zu Fremden ins Auto, nimm keine Süssigkeiten von Leuten an, die du nicht kennst.» Heute spielt es sich diffiziler ab. Kinder und Jugendliche sind via Smartphone mit der ganzen Welt verbunden. Der Fall Paul hat aufgewühlt – und ein Thema ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt, dem man sich nicht genug widmen kann: Sicherheit im Internet. Der 12jährige Paul aus dem Solothurnischen hat das als sicher gepriesene «Minecraft» gespielt. Im Chatforum des Spiels geriet er an seinen Entführer.

Die Fünft- und Sechstklässler einer St. Galler Primarschule haben davon gehört, der Fall Paul wurde teils im Unterricht thematisiert. Für die Lehrer ist Sicherheit im Netz ein Dauerthema. Denn: Erschreckend viele Eltern interessieren sich nicht dafür. Am Infoabend zum Thema «Handy & Co.» nahmen nicht einmal 30 Erwachsene teil. In städtischen Schulhäusern gilt ein Handyverbot – doch in der Freizeit sind die Kinder online.

Fast alle gamen regelmässig

Von den 25 Fünft- und Sechstklässlern haben bis auf 5 alle ein Smartphone. Einige der Schüler sind vom ständigen Handygebrauch genervt. «Immer nur aufs Handy starren, ich gehe lieber raus und treffe mich mit meinen Freundinnen», sagt Bianca. Ihr erstes Handy hat sie schon in der 2. Klasse bekommen, damit ihre Mutter sie erreichen konnte, wenn Bianca zu ihren Freundinnen ging, ohne Bescheid zu sagen. Ein anderes Mädchen will kein Handy: «Ich habe keine Zeit dafür», sagt Perilisa. Ihre Tage seien mit Schule und den vielen Hobbies ausgefüllt.

Gamen? Das machen – bis auf fünf – alle. Manche dürfen nur am Wochenende, andere hocken täglich bis zu drei Stunden vor dem Computer. Wobei: «Meine Mutter spielt mehr auf dem Handy als ich», sagt ein Mädchen. Einer ruft, seine Oma sei süchtig nach «Candy Crush». Ein 13-Jähriger hat es schon weit gebracht: im Flugsimulator war er auf Platz 20 der besten Schweizer Spieler.

Bei manchen Kindern kontrollieren die Eltern, was sie spielen, welche Seiten sie besucht haben. Andere können sich frei im Netz bewegen. «Meine Eltern kennen mein Passwort vom Handy nicht», sagt eine Schülerin stolz. Wenn ihre Eltern ihr Handy kontrollieren wollten, lösche sie schnell den Seitenverlauf. Eine andere hingegen hat von abends 20 Uhr bis morgens 8 Uhr keinen Internetzugang.

Anregung zu neuen Games finden sie auf YouTube, bei Freunden, in der Werbung. Oft spielen sie Spiele, die der grosse Bruder ihnen zeigt. Darunter sind auch brutale, die erst ab 18 freigegeben sind. «GTA – Grand Theft Auto» kommt als Autorennen daher, entpuppt sich aber als Killerspiel. 8 der 25 Kinder kennen es. «Man muss Missionen erfüllen», sagt eine 13-Jährige. «Man besucht Stripclubs», sagt ein Fünft-

klässler. Und man kann alles niedermetzeln. Feinde, Tiere, Passanten. Minecraft hingegen haben fast alle schon einmal gespielt, oder spielen es regelmässig. Aber sie würden nicht chatten, sagen sie. Das mag vielleicht auch dem Besuch der Reporterin geschuldet sein. Die Kinder beteuern, sie wüssten, dass man nichts Persönliches schreiben dürfe. Nie. Sie chatten nur mit Freunden. Gehen Spielerkoalitionen nur mit Freunden ein. So, wie sie bei Fremden nie ins Auto steigen würden, lassen sie sich auch in der virtuellen Welt nicht auf Fremde ein.

Von Fremden angeschrieben

Doch Fremde lassen sich auf sie ein: Ein Mädchen erzählt, sie sei mehrfach in einer WhatsApp-Gruppe aufgetaucht, in der sie gar nicht sein wollte. Eine andere Schülerin berichtet, ein David habe sie auf Snapchat angeschrieben, er wisse, wo sie wohne, er habe ihre Nummer, er wisse alles von ihr. Sie habe das ihrer Mutter gezeigt und den Typ sofort blockiert.

Die Lehrerin seufzt. Sie findet die Entwicklung höchst bedenklich. Durch die neuen Medien würde man den Kindern viel von ihrer Unbekümmertheit nehmen.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz-am-sonntag/wissen/Chatten-Nur-mit-Freunden;art310637,4678304>

Tagblatt, 3. Juli 2016

Games Digitale Lego-Steine oder kriminelle Karriere

Die Welt von Minecraft mag auch Leuten bekannt vorkommen, die lange vor der Erfindung des Heimcomputers aufwuchsen. Die klotzigen Figuren und Bausteine und die unbegrenzten Möglichkeiten, sie zu Gegenständen und Gebäuden zusammenzubauen, erinnern an Lego – der Spielzeugriese bietet schon Minecraft-Bausätze fürs echte Spielzimmer an. Auf PC oder Handy wird das Internet zum Spielzimmer, hier können sich Spieler zusammenschliessen und sich über Chats absprechen.

Damit gleicht Minecraft dem beliebten Smartphone-Game Clash of Clans: In einer von Fabelwesen bevölkerten Welt bauen die Spieler eine befestigte Heimstatt auf und sammeln Ressourcen – oder sie stehen sie bei Überfällen den Nachbarn. Bessere Chancen hat hier, wer sich mit anderen Spielern zu Clans zusammenschliesst und sich gegenseitig unterstützt.

Slither.io nimmt die Idee eines der ältesten PC-Games überhaupt auf. Wie beim Klassiker Snake frisst der Spieler als Schlange Punkte, und wird so immer länger. Statt in einer kleinen Schlangengrube spielt sich Slither im Internet ab. Im Weg stehen dem Spieler weniger die engen Wände als die Schlangen anderer Spieler.

Weltweit bekannt wurde das Spiel nicht zuletzt durch den schwedischen YouTube-Star PewDiePie, der auf seinem Kanal immer neue Spiele vorstellt: Auch Schweizer Schüler finden über solche Videos neue Games und Tips, um diese zu knacken: Das kommt auch bei Grand Theft Auto (GTA) gelegen. Denn was auf den ersten Blick wie ein Autorennspiel aussieht, ist in Wahrheit eine riesige Welt, in der fast alles möglich ist – ausser Gutes zu tun. Der titelgebende Autoklau ist nur der Beginn einer langen kriminellen und gewalttätigen Karriere des Spielers in dieser Welt – weswegen das auf PC und Playstation spielbare Game nicht für Kinder empfohlen wird.

Ebenfalls kein Kinderspiel sind die Games der Reihe Call of Duty. Im 2003 erschienenen Original kämpfte der Spieler als alliierter Soldat gegen die Nazis, neuere Versionen spielen in allen möglichen Epochen. Ohne das Erschiessen möglichst vieler Gegner sind die Missionen kaum zu erfüllen. Kein Wunder sind die meisten Spiele der Reihe vielerorts erst ab 16 oder 18 Jahren zugelassen.

Harmloser ist da Piano Tiles: Bei diesem Game fliesst eine Art Klaviertastatur über den Bildschirm. Es gilt, nur die schwarzen Tasten zu drücken, und zwar alle, im richtigen Tempo – sonst geraten die dazu laufenden klassischen Klavierstücke ins Stottern oder brechen ganz ab, wenn eine weisse Taste erwischt wurde. (ken)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz-am-sonntag/wissen/Games-Digitale-Lego-Steine-oder-kriminelle-Karriere;art310637,4678305>

Komitee «Lehrplan vors Volk», 3.7.2016

Vierter Newsletter von „Lehrplan vors Volk!“

Liebe Mitreiterinnen und Mitstreiter

Ein Schwerpunkt der vierten Ausgabe unseres Newsletters ist der hochpolitischen Frage gewidmet, wie weit der Lehrplan 21 unsere Volksschule längerfristig umgestalten wird.

Kommt mit dem Lehrplan 21 ein einschneidender Paradigmenwechsel oder werden die Lehrkräfte weiterhin in voller Methodenfreiheit ihren Unterricht gestalten können? Noch macht man sich Mut mit der Feststellung, es werde ja nichts so heiss gegessen, wie es gekocht wurde. Oder auf den Unterricht bezogen: Extreme didaktische Konzepte haben in der Praxis keine Chance.

Leider haben wir berechtigten Grund zur Annahme, dass der Lehrplan 21 wirklich zu tiefgreifenden Änderungen führen wird. In unserem Newsletter wird auf diesen Streit eingegangen.

Die anhaltenden Auseinandersetzungen um die Seriosität der Studien zum frühen Sprachenlernen haben in den vergangenen zwei Wochen einen neuen Höhepunkt erreicht. Dabei stand die Untersuchung der angesehenen Sprachwissenschaftlerin Simone Pfenninger im Brennpunkt des Geschehens. Frau Pfenningers Aussage, dass frühes schulisches Sprachenlernen wenig bringe und Spätlerner erfolgreicher seien, hat zu unsachlicher Kritik seitens der EDK geführt. Die Kritiker gingen dabei so weit, dass Simone Pfenningers Arbeit als unqualifizierte Studie ohne Aussagekraft taxiert wurde.

Die Reaktionen auf diesen Angriff blieben nicht aus. In unserem Newsletter sind dazu deutliche Kommentare zu finden.

Wir wünschen allen eine spannende Lektüre und freuen uns auf Reaktionen.

Gerne nehmen wir auch Beiträge aus unserem Leserkreis auf.

Das Redaktionsteam des Komitees «Lehrplan vors Volk»

Und das sind die Inhalte des Newsletters:

- Lehrplan 21 – radikalster Systemwechsel in der Geschichte der Volksschule
- Sichtbarer Paradigmenwechsel
- Lehrplan 21 – Wie wenig ändert sich wirklich?
- Politische Fairness
- Sprachenstreit: Die Vermessung der Bildung, Onlinekommentare
- Unterstützung für schwache Sek-Schüler
- Lehrplan 21 soll in Luzern vors Volk kommen
- Solothurn entscheidet als achter Kanton über den Lehrplan 21
- Kanton Aargau, Pressemitteilung
- Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt

Newsletter vom 2.7.2016

<http://lehrplan-vors-volk.ch/data/documents/Newsletter-160702.pdf>

Komitee «Lehrplan vors Volk»

8610 Uster

info@lehrplan-vors-volk.ch

www.lehrplan-vors-volk.ch

NZZ, 5.7.2016

Zürich und Region

Überforderte Sekundarschüler

In der Pisa-Erhebung 2009 wurde festgestellt, dass 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler die minimalen Leistungsziele der 9. Klasse nicht erreichen. Das bedeutet, dass ein grosser Teil der B-/C-Sekundarklassen ihre Lernziele bei weitem nicht erreichen – eine dramatische Situation. Nach einigen Jahren Bedenkzeit will die Bildungsdirektion jetzt im Rahmen eines Pilotprojekts einige «Pflästerli» anbieten (NZZ 29. 6. 16). Es ist zum Davonlaufen. Zuerst wird mittels Lehrplan jedem Schüler das gleiche Schulprogramm verpasst, dann wird die Sek C abgeschafft und die Sekundarstufe so organisiert, dass z. T. Klassen mit A-, B- und C-Schülern entstehen. Die schwachen Schüler werden so natürlich masslos überfordert. Aber anstatt zu angemessenen Strukturen zurückzukehren, wird wieder einmal eine Projektgruppe auf die Beine gestellt und mit viel zusätzlichem Aufwand und Bürokratie eine Alibiübung inszeniert. Wann kehrt wieder gesunder Menschenverstand und eine Pädagogik, die diesen Namen verdient, in unsere Schulen zurück?

Rudolf Richner, Zürich

<https://epaper.nzz.ch/#article/6/Neue%20Z%C3%BCrcher%20Zeitung/2016-07-05/9/51193209>

Meldung dazu:

NZZ, 29.6.2016

Pilotprojekt für schwächere Sekundarschüler

wbt. · Mit dem Pilotprojekt «Alle» sollen leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler in Mathematik und Deutsch gezielt gefördert werden. Wie die Bildungsdirektion mitteilt, machen neun Sekundarschulen bei dem Projekt mit, das im Sommer 2016 beginnt und bis zum Sommer 2019 dauert. Der Name steht für «aktive Lernzeit und Lernerfolg». Der Lernstoff wird auf die Grundkompetenzen reduziert, dafür steht mehr Zeit für das Üben und Vertiefen zur Verfügung.

<https://epaper.nzz.ch/#article/6/Neue%20Z%C3%BCrcher%20Zeitung/2016-06-29/21/51147292>

Bote vom Untersee und Rhein, 5. Juli 2016

Der Wahrheit, der Schule und der Demokratie die Ehre erweisen!

Urs Knoblauch

Anmerkung zum Artikel „Thurgauer Lehrpersonen setzen klares Zeichen“ vom 24.6.2016

Im Bericht über die Delegiertenversammlung der Thurgauer Lehrpersonen wird die grosse Einigkeit unter der Lehrerschaft zu „allen 47 Punkten und Vorschlägen von Bildung Thurgau“ der Vernehmlassung zum umstrittenen Lehrplan 21 hervorgehoben. Die 76 Delegierten aller Stufen konnten je „ein zweiminütiges Statement“ dazu abgeben. Eine grundsätzliche Sachkritik zum Konzept des LP21 war, wie bisher, nicht möglich. Obwohl deshalb in zahlreichen Kantonen Volksabstimmungen laufen, wird nach Plan durchmarschiert. Es ist ja mittlerweile im ganzen Land bekannt, dass von Beginn des Projekts bis heute keine kritische Stimmen unter der Lehrerschaft, an Pädagogischen Hochschulen, von Eltern und aus dem Gewerbe zugelassen wurden. Die offene und nötige Sachdiskussion wurde weitgehend durch die LP-Strategen, Behörden und Schulleitungen verhindert. Viele Lehrpersonen, die berechnete Einwände haben, trauen sich nicht zu äussern, da Schulleitungen den Auftrag zur Kontrolle haben. Wo befinden wir uns eigentlich? Wenn im Untertitel des Bote-Artikels steht: „761 Lehrerinnen und Lehrer beteiligen sich an der Vernehmlassung zum Lehrplan Volksschule Thurgau“ soll der Eindruck einer breiten Diskussion vorgetäuscht werden. Die Eltern haben ein Anrecht ehrlich und sachlich informiert zu werden. Der LP21 senkt weiterhin das Bildungsniveau und bricht mit unserer weltweit anerkannten Schultradition, Pädagogik und den wertvollen humanistischen Grundlagen. Mit positiv besetzten Begriffen wie Professionalisierung, Harmonisierung, Individualisierung, Kompetenz und Konstruktivismus wird die bewährte Schule systematisch demontiert und dekonstruiert. In Tat und Wahrheit dient der neue Lehrplan nicht Verbesserungen und einem vernünftigen und massvollen Umgang mit der neuen Technologie, sondern er dient vor allem der zunehmenden Operationalisierung, Rationalisierung und Roboterisierung der Wirtschaft. Der Bote meldete dazu am 1.7.2016 „Anzeigeproduktion der NZZ-Mediengruppe wird ausgelagert“. Allein in der Ostschweiz verlieren neun Mitarbeiter ihre Stelle der in Zürich angeschlossenen Zeitungen! Immer mehr Roboter, Computer und „künstliche Intelligenz“ sollen den Menschen ersetzen. Wo bleiben da die Menschenwürde, die staatsbürgerliche Verantwortung und die Demokratie? Die Schule muss sich gerade nicht jedem negativen Zeitgeist anpassen, sondern echte Menschenbildung fördern. Die kommenden Volksabstimmungen in den Kantonen verdienen eine klare Unterstützung.

Urs Knoblauch, Gymnasiallehrer, Fruthwilen

Tages-Anzeiger, 04.07.2016

«Der Lehrplan 21 ist das Resultat von Übereifer»

Mit dem Lehrplan 21 soll der Unterricht in der Deutschschweiz einheitlich werden. Bildungsforscher Rudolf Künzli erklärt, wie es zu so vielen Volksinitiativen dagegen kommen konnte.

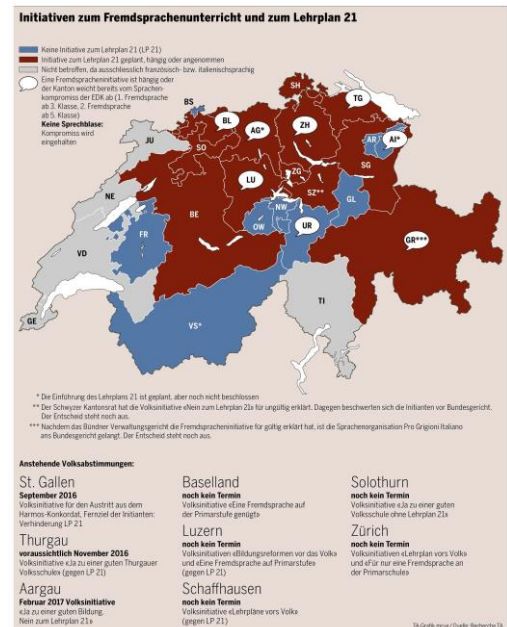
Mit Rudolf Künzli sprach Anja Burri

Warum gibt es in so vielen Kantonen derart hartnäckige Lehrplangeegner?

Der Lehrplan 21 überfordert viele: Lehrpersonen, Politiker, Eltern.

Wie kommen Sie darauf?

Der Lehrplan 21 ist Hunderte Seiten dick und gibt den Lehrpersonen im Detail vor, welche Kompetenzen sie mit den Schülern erarbeiten sollen. Dieses umfassende didaktische Regelwerk eignet sich nicht als Objekt einer öffentlichen Diskussion. Es ist nicht sinnvoll, Kompetenzen und Kompetenzmodelle in der politischen Arena klären zu wollen. Gleichzeitig steht der Lehrplan 21 aber auch für ein neues Verständnis von Schule und Unterricht. Die Frage, was zum Bildungsauftrag der Schule gehört, ist hingegen wichtig. Man sollte sie nicht einer Gruppe pädagogischer Fachleute überlassen. Sie muss öffentlich diskutiert werden.



[Grösseres Bild](#)

Darum haben die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren auch eine öffentliche Konsultation organisiert, bei der sich alle äussern konnten.

Ja, aber der Lehrplan 21 in seiner heutigen Form eignet sich eben nicht für eine breite öffentliche Diskussion. Vor lauter didaktischen Details sieht man die grossen Linien nicht mehr. Dabei ist genau dies das Bedürfnis: die grossen Linien der künftigen Schule zu diskutieren. Welche Fächer braucht es? Wie stark muss sich die Schule zum Beispiel dem Medienwandel anpassen? Wollen wir die Lerninhalte verbindlich vorgeben oder eben das angewandte Wissen, die Kompetenzen, in den Fokus stellen? Wie weit geht der Erziehungsauftrag der Schule?

Die Lehrplanmacher sind aber auf Kritik eingegangen und haben den Lehrplan 21 entschlackt.

Genau dieses Zurückbuchstabieren mitten im Prozess war nicht gut. Es hat die Kritiker in ihren Zweifeln bestätigt. Als die Lehrplan-Verantwortlichen merkten, dass sie zu viel in den Lehrplan hineingepackt hatten, begannen sie, dessen Bedeutung kleinzureden. Plötzlich hiess es, der Lehrplan 21 verändere gar nicht viel und gebe nur Leitplanken vor. Diese Kommunikation – in Kombination mit der Geheimhaltung vor der Konsultation – macht misstrauisch.

Was hätte man sonst tun sollen?

Die Verantwortlichen hätten den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen müssen: Es braucht eine öffentliche Debatte über das Verständnis von Schule und ihres Bildungsauftrags. Danach muss dieser Auftrag in einem professionellen Diskurs umgesetzt werden.

Wie hätten sie diese Debatten voneinander trennen wollen?

Für die öffentliche Debatte hätte ein schlanker Bildungsplan genügt, der die Frage beantwortet: Wo soll unsere Schule hin, und was sollen Schülerinnen und Schüler am Ende der Schulzeit können? Dieser Bildungsplan hätte dann den Experten, Lehrpersonen und Schulleitern als Basis

dienen können. Der Lehrplan 21 mischt sich sehr stark ein, er beschreibt einzelne Unterrichtsziele statt die Schulstrukturen. Er ist das Resultat eines politischen und didaktischen Übereifers. Man hat zu viel gewollt.

Wo konkret stellen Sie diesen Übereifer fest?

Der politische Übereifer bestand darin, dass man die Schulsysteme harmonisieren wollte, indem man messbare und vergleichbare Lernergebnisse formulierte. Der didaktische Übereifer glaubt, kulturell etablierte Disziplinen und Wissensordnungen neu definieren zu können.

Das müssen Sie erklären.

Ein Beispiel ist die Idee, Fächer wie Physik, Chemie und Biologie unter dem Titel Natur und Technik zusammenzufassen. Für die unteren Schulstufen mag dies gut sein und ist dort ja auch Tradition. Doch je höher die Schulstufe, desto stärker müssen diese Fächer einzeln behandelt werden. Die Schüler müssen an die Welt, auch an eine wissenschaftliche Sicht der Welt, herangeführt werden. Diese ist nun mal nach Disziplinen wie eben Physik oder Chemie aufgeteilt.

Sie sprechen wie ein Lehrplangeegner.

Nein, verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Der Lehrplan 21 verfolgt ein Ziel, das ich gutheisse: die Harmonisierung der Lernziele in den Kantonen. Und da hat sich seit der Annahme des Bildungsartikels durch das Stimmvolk und der Beschlüsse zum Schulharmonisierungskonkordat Harnos einiges getan.

Nämlich?

Die Erziehungsdirektoren haben viel erreicht: Die Schulstufen wurden einander angeglichen, der Schulbeginn harmonisiert, und man hat gemeinsame Grundkompetenzen für die Schulsprache, die erste Fremdsprache, Mathematik und Naturwissenschaften definiert, welche die Schüler erreichen sollen. Der Lehrplan 21 hat dazu beigetragen, dass die Bildungsfachleute über die Kantongrenzen hinweg enger zusammenarbeiteten. Das ist wertvoll und nicht zu unterschätzen.

Die Debatte über den Lehrplan 21 und den Fremdsprachenunterricht ist geprägt von grossem Misstrauen zwischen den Gegnern. Wie konnte es so weit kommen?

Die Schule hat sich stark verändert und besteht längst nicht mehr bloss aus einer Lehrkraft und den Schülern. Die Schuladministration ist auf allen Ebenen, in den Schulhäusern, den Gemeinden, Kantonen und auf Bundesebene der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) stark gewachsen. Zum Beispiel gibt es professionelle Schulleiter oder ganze Abteilungen in den Erziehungsdirektionen, die Reformen aufgleisen. Die Universitäten und neu auch die Pädagogischen Hochschulen haben stark an Einfluss auf die Schulen gewonnen. Je stärker und professioneller diese Schuladministration wird, desto schwächer werden die Verankerung der Schule in der Gesellschaft und die Stellung der Lehrerschaft. Darin sehe ich den eigentlichen Grund für den politischen Widerstand gegen den Lehrplan 21.

Was ist zu tun?

Die Herausforderung für die EDK ist es, die Verankerung der Schule in der Gesellschaft zu fördern und das vielfach verlorene Vertrauen zwischen den verschiedenen Ebenen unseres Schulsystems wieder zu gewinnen. Hilfreich wäre auch eine offizielle, gesellschaftsweit diskutierbare kleine Schrift über die Grundlagen und Perspektiven des Schul- und Bildungswesens.

Dafür wird derzeit in vielen Kantonen intensiv über die Schule diskutiert. Ist das nicht positiv?

Die Lehrpläne vors Volk oder vor die Parlamente zu zerren, ist nicht zielführend. Der Streit zum Beispiel im Kanton Baselland hat dazu geführt, dass der Lehrplan 21 so gestutzt wird, dass der Harmonisierungsgedanke Schaden nimmt. In zahlreichen weiteren Kantonen stehen nun Abstimmungen an – über den Lehrplan selbst oder über die Fremdsprachenfrage. Dort überall ist die Harmonisierung in Gefahr.

Die Fremdsprachenfrage wird aber von den Lehrplanmachern bewusst nicht beantwortet. Das ist es ja: Einerseits bestimmt der Lehrplan die Ziele des Unterrichts messbar genau, andererseits klammert er extrem wichtige Fragen der Schulharmonisierung – etwa zum Fremdsprachenunterricht – aus. So gibt es einige Kantone wie Thurgau, Appenzell Innerrhoden oder Uri, die sich nicht einmal an den Fremdsprachenkompromiss der EDK halten wollen. Deshalb werden wir nach Abschluss aller kantonalen Abstimmungen eine neue Schuldebatte brauchen. Losgelöst vom Lehrplan 21.



Der Lehrplanforscher Rudolf Künzli (Jahrgang 1941) ist Titularprofessor der Universität Zürich und war Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Man beachte die Kommentare

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/der-lehrplan-21-ist-das-resultat-von-uebereifer/story/28869208>

Der Schulstreit kommt jetzt vor Bundesgericht

Die Lausanner Richter entscheiden über den Lehrplan 21 und die Fremdsprachenfrage.

Nach ersten kantonalen Abstimmungen über den Lehrplan 21, der erstmals für alle Deutschschweizer Schulkinder die gleichen Lernziele vorgeben soll, müssen sich nun auch die Bundesrichter mit dem Thema befassen. Lehrplangegner aus dem Kanton Schwyz haben eine Beschwerde eingereicht. Sie wehren sich gegen den Entscheid des Schwyzer Kantonsrats, der im November ihre Initiative gegen den Lehrplan 21 für ungültig erklärt hatte. Unter anderem verstosse das geforderte Referendumsrecht bei der Einführung neuer Lehrpläne gegen die Kantonsverfassung, befand das Parlament. Diese Argumentation können die Initianten nicht nachvollziehen: «Berechtigte demokratische Forderungen wurden mit juristischen Spitzfindigkeiten ausgetrickst», sagt Irene Herzog-Feusi, Präsidentin des Initiativkomitees. Man hoffe, dass die Richter die Initiative zumindest teilweise für gültig erklären.

Auch zum Fremdsprachenunterricht wird sich das Bundesgericht äussern müssen. Die Sprachenorganisation Pro Grigioni Italiano ist an die Lausanner Richter gelangt. Ihr Ziel: Die Bündner Fremdspracheninitiative soll für ungültig erklärt werden. Sie will die zweite obligatorische Fremdsprache in der Primarschule streichen und als erste Fremdsprache Englisch oder Deutsch vorschreiben. Das kantonale Verwaltungsgericht hatte die Initiative im Mai für gültig befunden. Das gehe nicht an, finden die Beschwerdeführer: «Die Initiative führt unweigerlich zu einer Privilegierung der deutschen und einer nicht zu rechtfertigenden Diskriminierung der italienischen und rätoromanischen Sprachen», sagt Staatsrechtler Andreas Auer, der die Beschwerde verfasst hat.

Selbst wenn die beiden Volksinitiativen vom Bundesgericht gestoppt werden, stehen die nächsten Abstimmungen an: In sechs Kantonen, darunter Zürich und Aargau, wird sich das Stimmvolk zum Lehrplan 21 äussern können. In drei weiteren Kantonen sammeln Initianten noch Unterschriften. Zur Frage, ob Primarschüler wieder nur noch eine Fremdsprache lernen sollen, finden Abstimmungen in Baselland, Luzern und Zürich statt. Ob die Bundesgerichtsentscheide auch andere Volksinitiativen verhindern könnten, ist offen. Die Bedingungen von Schwyz und Graubünden unterscheiden sich von der Ausgangslage in den anderen Kantonen. «Das Bundesgericht könnte aber die Gelegenheit nutzen, um allgemeine Überlegungen anzustellen», sagt Auer.

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/der-lehrplan-21-ist-das-resultat-von-uebereifer/story/28869208>

Tagblatt, 6. Juli 2016

Bundesrat greift in Sprachenstreit ein

Der Unterricht in der zweiten Landessprache soll bereits in der Primarschule beginnen. Das will der Bundesrat im Sprachengesetz verankern, falls die Kantone ihre Sprachenstrategie nicht umsetzen.

Der Bundesrat würde es vorziehen, nicht einschreiten zu müssen, sagte Innenminister Alain Berset vor den Medien in Bern. Die Bundesverfassung verpflichte ihn aber dazu, wenn die Kantonslösung nicht zustande komme.

Der Bundesrat hat deshalb am Mittwoch die Vernehmlassung zu einer Ergänzung des Sprachengesetzes eröffnet. Er stellt drei Varianten zur Diskussion, die den Kantonen unterschiedlich viel Spielraum lassen würden.

Nur Landessprachen regeln

Der Bundesrat bevorzugt jene Variante, die ihnen am meisten Spielraum lässt. Es handelt sich um Variante 3. Diese legt lediglich fest, dass der Unterricht in der zweiten Landessprache auf Primarschulstufe beginnen und bis zum Ende der Sekundarstufe I dauern muss.

Variante 1 folgt dem Vorschlag der nationalrätlichen Bildungskommission. Sie legt fest, dass der Unterricht in der zweiten Landessprache spätestens ab dem 5. Primarschuljahr beginnen muss. Nach der Harnos-Zählung, die auf der Vorschulstufe beginnt, handelt es sich um das 7. Schuljahr.

Harnos-Variante im Gesetz

Sowohl Variante 1 als auch Variante 3 gehen weniger weit als das Harnos-Konkordat. Sie lassen offen, ob in der Primarschule neben der zweiten Landessprache auch Englisch unterrichtet wird.

Variante 2 verankert die Lösung des Harnos-Konkordats auf Gesetzesstufe. Sie legt fest, dass die erste Fremdsprache spätestens ab dem 3. Schuljahr und die zweite ab dem 5. Schuljahr unterrichtet werden muss. Eine der beiden Sprachen ist eine Landessprache, die andere ist Englisch.

Kantone scheren aus

Darauf hatten sich die Kantone 2004 geeinigt. Zehn Jahre später bestätigten sie den Entscheid. Nun ziehen aber mehrere Kantone in Betracht, das Frühfranzösisch zu kippen. Im April hat die Thurgauer Regierung einen neuen Lehrplan in die Vernehmlassung geschickt, der vorsieht, dass die Kinder in der Primarschule nicht Französisch lernen.

In den Kantonen Zürich, Luzern und St. Gallen sind entsprechende Initiativen hängig. Im Kanton Graubünden wird über die Gültigkeit einer Initiative gestritten, der Fall liegt beim Bundesgericht. Der Kanton Glarus wiederum hat beschlossen, Französisch in der Real- und Oberschule nur als Wahlfach anzubieten. Vor allem in der Westschweiz ist die Empörung über diese Entwicklungen gross.

Kantone befürchten ZerreiSSprobe

Berset hatte wiederholt angekündigt, dass der Bund ein Machtwort sprechen würde, sollte ein Kanton definitiv ausscheren. Die Kantone wehren sich jedoch dagegen. Eine eidgenössische Volksabstimmung könnte zu einer "nationalen ZerreiSSprobe" werden, warnten die Erziehungsdirektoren vor kurzem in einem Brief an den Innenminister.

Berset sagte dazu, der Bundesrat "unterstütze" die Kantone mit seinem Vorgehen. Er hoffe nach wie vor, dass eine Gesetzesänderung nicht nötig sein werde. Die Diskussion über die Varianten sei ein klares Signal an die Kantone: "Ihr habt noch die Möglichkeit umzusetzen, was ihr beschlossen habt."

Verantwortung für das Ganze

Die Kantone seien für die Bildung zuständig, aber im Rahmen der Bundesverfassung, gab Berset zu bedenken. Jeder Kanton trage Verantwortung für das ganze Land. Föderalismus bedeute nicht, dass jeder Kanton machen könne, was er wolle, ohne die Auswirkungen auf das Land zu berücksichtigen.

Der Bundesrat setze sich für die Förderung der Mehrsprachigkeit ein und damit für die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften. "Die Frage, ob man sich gegenseitig wirklich versteht, ist in einem Land wie der Schweiz von eminenter Bedeutung", sagte Berset.

Politisch statt juristisch

Sollten Kantone beschliessen, die zweite Landessprache aus dem Primarschulunterricht zu kippen, könnte die Frage auch zum Fall für die Gerichte werden. Aus Bersets Sicht sollte sie aber eher politisch als juristisch geklärt werden.

Nicht äussern wollte sich Berset zu pädagogischen Einwänden, wonach manche Kinder mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule überfordert sind. Der Bundesrat halte sich an das, was die Kantone beschlossen hätten, betonte der Innenminister. Er warnte indes davor, das Argument politisch zu instrumentalisieren.

Im Bericht zur Vernehmlassung schreibt der Bundesrat, er starte die Vernehmlassung, weil in einzelnen Kantonen der Unterricht in einer zweiten Landessprache in der Primarschule ab dem Schuljahr 2017/2018 in Frage gestellt sei. Zum heutigen Zeitpunkt schein das Ziel einer Harmonisierung des Fremdsprachenunterrichts gefährdet zu sein. Nach Auswertung der Stellungnahmen will der Bundesrat mit den Kantonen das weitere Vorgehen beurteilen. (sda)

<http://www.tagblatt.ch/nachrichten/schweiz/schweiz-sda/Bundesrat-greift-in-Sprachenstreit-ein;art253650,4681687>

Tagblatt, 6. Juli 2016

Bundesrat will Französisch in der Primarschule vorschreiben

<http://www.tagblatt.ch/nachrichten/schweiz/schweiz-sda/Bundesrat-will-Franzoesisch-in-der-Primarschule-vorschreiben;art253650,4681684>

Tages-Anzeiger, 06.07.2016

«Ich rechne mit einem Aufschrei in den Kantonen»

Der Präsident der Kantonalen Erziehungsdirektoren Christoph Eymann hält es für gefährlich, wenn der Bund im Sprachenstreit interveniert.

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Ich-rechne-mit-einem-Aufschrei-in-den-Kantonen/story/13778387>

NZZ, 7.7.2016

Fremdsprachen in der Primarschule

Bersets heikler Eingriff im Sprachenstreit

Der Bundesrat will die Kantone zum Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule verpflichten

Im Streit um den Fremdsprachenunterricht baut Alain Berset eine Drohkulisse auf. Falls sich die Kantone nicht an ihre eigenen Regeln halten, wird er intervenieren. Dabei könnte viel schief laufen, mahnen die Erziehungsdirektoren.



Französisch oder Englisch zuerst?

Fremdsprachenunterricht in der Schweiz, Stand 2016

Modell 3/5

- 2. Landessprache / Englisch
- Englisch / 2. Landessprache
- Derzeit Englisch / 2. Landessprache, ab 2018 Modell 3/7

Modell 3/6

- Englisch / 2. Landessprache, ab 2021 Modell 3/5 (Englisch / 2. Landessprache)

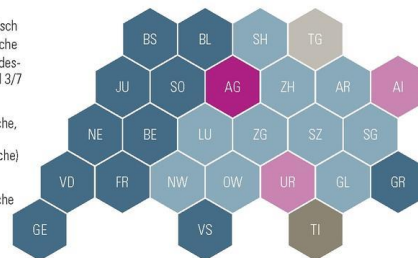
Modell 3/7

- Englisch / 2. Landessprache

Modell 3/8

- 2. Landessprache (Französisch) / Englisch ab dem 3. Mittelstufenjahr (8. Schuljahr)

QUELLE: EDK



NZZ-Infografik/lea.

Bundesrat Berset will in der Sprachenfrage zeigen, wo es langgeht. (Peter Klaunzer / Keystone)

Christof Forster

Es ist ein vermintes Terrain, auf das sich Innenminister Alain Berset begibt. In der Sprachenfrage sind mit dem nationalen Zusammenhalt, dem Föderalismus und dem Subsidiaritätsprinzip zentrale Pfeiler der Schweiz tangiert. In der Westschweiz wird genau beobachtet, welchen Stellenwert die Sprache der Minderheit in den Deutschschweizer Kantonen einnimmt. So war die Freude in der Romandie gross, als das Nidwaldner Stimmvolk 2015 ein deutliches Signal für Frühfranzösisch sendete. Irritationen löst hingegen die Absicht des Kantons Thurgau aus, Französisch in der Primarschule zu streichen. Die Thurgauer Regierung pocht indes auf die kantonale Kompetenz in der Bildung und beklagt das geplante Eingreifen des Bundes (siehe Artikel unten).

Drei Varianten

Mit der am Mittwoch präsentierten Revision des Sprachengesetzes will der Bundesrat eine Drohkulisse gegenüber den Kantonen aufbauen. Die Botschaft lautet: Haltet euch an die Regeln, die ihr selber vereinbart habt. In erster Linie ist sie an den abtrünnigen Kanton Thurgau gerichtet, aber auch an Uri und Appenzell Innerrhoden, die das Modell 3/5 noch nicht umgesetzt haben. Dieses sieht vor, dass die erste Fremdsprache ab der 3. Primarklasse und die zweite ab der 5. Primarklasse unterrichtet wird.

Der Bundesrat setzt mit der Vorlage zudem ein Zeichen gegenüber den Kantonen Basel-Landschaft, Glarus, Graubünden, Luzern, St. Gallen und Zürich, in denen Initiativen (in Glarus der Regierungsrat) den Unterricht einer zweiten Fremdsprache in der Primarschule infrage stellen. Dabei ist – meist implizit – Französisch gemeint.

Der Bundesrat will vorschreiben, dass der Unterricht in Französisch beziehungsweise Deutsch bereits in der Primarschule beginnt. Er stellt dabei drei Varianten zur Diskussion, die den Kantonen unterschiedlich viel Spielraum lassen. Vorschlag 1 sieht vor, dass der Unterricht in der zweiten Landessprache spätestens ab dem 5. Primarschuljahr beginnen muss. Variante 2 verankert das Modell 3/5 des Harmos-Konkordates im Sprachengesetz. Darauf haben sich die Kantone 2004 geeinigt. 2014 bestätigten sie den Entscheid.

Der Bundesrat bevorzugt Variante 3, die am wenigsten stark in die Kompetenz der Kantone eingreift. Sie legt fest, dass der Unterricht in der zweiten Landessprache in der Primarschule beginnt und bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit dauern muss.

Die Kantone seien für die Bildung zuständig, aber im Rahmen der Bundesverfassung, sagte Berset vor den Medien. Föderalismus bedeute nicht, dass jeder Kanton machen könne, was er wolle, ohne die Auswirkungen auf das Land zu berücksichtigen. Berset verwies auf die Förderung der Mehrsprachigkeit und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften, die dem Bundesrat ein Anliegen seien. «Die Frage, ob man sich gegenseitig wirklich versteht, ist in einem Land wie der Schweiz von eminenter Bedeutung», sagte der Innenminister.

Schwierige Diskussionen

Der angedrohte Eingriff des Bundes ist nicht im Sinne der kantonalen Erziehungsdirektoren. Die Kantone seien enttäuscht, dass ihr grosser Aufwand zur Schulharmonisierung nicht gewürdigt werde, sagt Christoph Eymann, Präsident der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). Über 20 Kantone hätten das Modell 3/5 umgesetzt. Er sieht deshalb die Verhältnismässigkeit für eine Bundesregelung nicht gegeben. Eymann warnt vor schwierigen Diskussionen im Parlament und im Vorfeld einer Volksabstimmung. «Es kann dabei sehr viel schief laufen.»

Die Vorlage ist bis Mitte Oktober in der Vernehmlassung. Lenken die fraglichen Kantone nicht ein, soll die Gesetzesrevision bereits 2017 in Kraft treten. Dann könnte dem Kanton Thurgau die Verschiebung von Französisch in die Sekundarstufe untersagt werden. Doch vorerst hofft Berset auf eine gütliche Einigung: «Der Bundesrat würde es vorziehen, nicht eingreifen zu müssen.»

Kantone kritisieren den Bundesrat – ein Referendum droht

Der Thurgau und Appenzell Innerrhoden sprechen von einer «unverhältnismässigen Intervention bei der Bildungshoheit»

In ersten Reaktionen zeigen die Kantone wenig Verständnis für das Vorgehen des Bundesrats in der Sprachendiskussion. Sie sprechen von einem Eingriff ins föderalistische Staatssystem.

Jörg Krummenacher, Erich Aschwanden, Peter Jankovsky

Appenzell Innerrhoden, Uri, vorläufig noch der Aargau und ab 2018 der Thurgau: Das sind jene Deutschschweizer Kantone, die sich nicht an die «Regel» von zwei Fremdsprachen in der Primarschule halten. Im Fokus steht insbesondere der Thurgau, hat der Grosse Rat doch im August 2014 beschlossen, den Französischunterricht von der Primarschule in die Sekundarschule zu verschieben. Die Vernehmlassung zum neuen Thurgauer Lehrplan ist nun Ende Juni abgeschlossen worden. Nichts deutet darauf hin, dass sich am Ende von Frühfranzösisch ab 2018 etwas ändert.

Harmonisierung auf gutem Weg

Entsprechend überrascht und enttäuscht zeigt sich die Thurgauer Regierungspräsidentin und Erziehungsdirektorin Monika Knill über den Entscheid des Bundesrats, eine Vernehmlassung zur Harmonisierung des Sprachenunterrichts durchzuführen: «Mit diesem Schritt greift der Bund unverhältnismässig in die Bildungshoheit der Kantone und in unser föderales Staatssystem ein.» Die Kantone seien in Sachen Harmonisierung der Volksschule gut unterwegs. Knill verweist dabei auf das Schreiben, das die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vor zwei Wochen an Alain Berset gesandt hat. Es sei nun zu hoffen, hält Monika Knill fest, «dass sich die Kantone und die EDK vehement gegen den Eingriff des Bundes in die Bildungshoheit der Kantone wehren werden».

Gute Französisch-Kompetenzen

Auch für Appenzell Innerrhoden, das die Regelung mit Englisch in der Primarschule und Französisch in der Sekundarschule seit fünfzehn Jahren kennt, kommt das Vorgehen des Bundesrats überraschend. Landammann und Erziehungsdirektor Roland Inauen sieht ebenso wie der Thurgau keinen Anlass, dass der Bund das Heft in die Hand nimmt. Inauen ist überzeugt, dass die Innerrhoder Schüler die verlangten Französisch-Kompetenzen bis zum Ende der Schulzeit bestens erwerben. Ebenso überzeugt ist er, dass gegen eine allfällige Gesetzesrevision des Bundes das Referendum «so gut wie sicher» wäre.

Inauen hatte sich bereits an der Landsgemeinde Ende April mit deutlichen Worten gegen einen «massiven Eingriff des Bundes in die verfassungsmässigen Rechte der Kantone» gewehrt. Es sei Sache des Bundes, die bildungspolitischen Ziele zu setzen, nicht aber, den Weg vorzugeben.

Nidwaldner gegen Initiative

Bestrebungen, vom Frühfranzösisch abzurücken, gibt es in weiteren Kantonen. Nur in Nidwalden konnte sich bisher das Volk an der Urne zu dieser umstrittenen Frage äussern. Insbesondere in der Westschweiz war die Erleichterung gross, als die Nidwaldner im März 2015 eine Initiative der SVP ablehnten, die nur eine Fremdsprache in der Primarschule forderte. Mit 61,7 Prozent Nein-Stimmen fiel das Resultat sogar noch deutlicher aus, als dies im Vorfeld erwartet worden war. Auch die Regierung hatte das Volksbegehren zur Annahme empfohlen.

Die nächste Abstimmung in der Innerschweiz steht bereits an. Gegen den Willen des Luzerner Regierungsrates hat der Kantonsrat das Volksbegehren «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» für gültig erklärt. Die Regierung muss nun eine Botschaft ausarbeiten. Wann das Volk über die Volksinitiative im Kanton Luzern abstimmen wird, steht noch nicht fest. Auch in Zürich ist eine entsprechende Initiative hängig.

Heikle Fragen in Graubünden

Ein Gezerre um den Unterricht in Fremdsprachen findet auch in Graubünden statt – dem einzigen Kanton mit drei nationalen Sprachgruppen. Im November 2013 hat eine Gruppe von Deutschbündner Lehrern und Wirtschaftsleuten erfolgreich die kantonale Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule» lanciert. Viele Volksschüler seien mit dem gleichzeitigen Unterricht in einer Landessprache und Englisch überfordert, so die Argumentation. Dies wirke sich negativ auf die Beherrschung der eigenen Muttersprache aus und habe unter Umständen auch nachteilige Folgen im späteren Berufsleben.

Der Bündner Grosse Rat erklärte jedoch im April 2015 die Vorlage für ungültig, weil sie kantonales und Bundesrecht verletze. Dagegen rekurrerten die Initianten beim kantonalen Verwaltungsgericht, das ihnen im vergangenen Mai recht gab. Die Richter konnten keinen offensichtlichen Verstoss gegen übergeordnetes Recht entdecken, bezeichneten die Vorlage als gültig und gaben Hinweise für deren konkrete Umsetzung – zum Missfallen des Bündner Erziehungsdirektors, der von viel zu teuren Massnahmen und einer Diskriminierung der Bündner Sprachminderheiten spricht. Denn während die deutschsprachige Mehrheit der Bündner Grundschüler sich ausschliesslich dem Frühenglisch widme, hätten die italienisch- und romanischsprachigen Kinder gar keinen Englischunterricht. Der Interessenverein Pro Grigioni Italiano wiederum erblickt in der Fremdsprachen-Initiative auch eine Abwertung der Minderheitensprachen in Deutschbünden und hat beim Bundesgericht eine Einsprache eingereicht, die noch hängig ist.

<http://www.nzz.ch/schweiz/sprachenstreit-bundesrat-will-franzoesisch-in-der-primarschule-vorschreiben-ld.104222>

Sprachenfrage nicht isoliert betrachten

Die Erkenntnis aus Simone Pfenningers Studie, dass frühes schulisches Sprachenlernen wenig Erfolg zeigt und Spätlerner rasch aufholen, passt nicht zum aktuellen Sprachenkonzept der Primarschule (NZZ 29. 6. 16). Es versteht sich von selbst, dass die Erziehungsdirektorenkonferenz keine Freude hat an solch klaren Aussagen. Doch was diese Linguistin an unqualifizierten Anschuldigungen in den letzten Wochen einstecken musste, liegt nicht mehr im grünen Bereich. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, dass es beim Sprachenlernen in der Primarschule nicht rundläuft. Doch die Erziehungsdirektorenkonferenz verschliesst Augen und Ohren. Man hofft, dass alle kantonalen Abstimmungen für eine Verschiebung der zweiten Fremdsprache auf die Oberstufe scheitern werden. Doch kann dies wirklich die Art und Weise sein, wie in unserem Land ein echtes pädagogisches Problem behandelt wird?

Die Sprachenfrage kann allerdings nicht isoliert betrachtet werden. Damit meine ich nicht primär den sprachpolitischen Aspekt, sondern den Gesamtauftrag der Volksschule. Ein Blick auf den neuen Lehrplan zeigt, dass das Bildungsprogramm der Primarschule reich befrachtet ist. Sechst-

klässler sollen sich neu stärker mit Natur und Technik auseinandersetzen, in die Informatik eingeführt werden, noch mehr ins Fremdsprachenlernen investieren und im Deutsch mehr Sicherheit gewinnen. In kaum einem Kanton werden aber die nötigen Rahmenbedingungen durch mehr Halbklassenunterricht oder Entlastungen in andern Bildungsbereichen erreicht. Die Sprachenfrage muss mit Blick auf den erweiterten Auftrag der Primarschule so gelöst werden, dass den Kindern ohne Hektik das Wesentliche vermittelt werden kann.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

<http://webpaper.nzz.ch/2016/07/07/meinung-und-debatte/OM208/bessere-qualitaet-mehr-effizienz>

Tagblatt, 7. Juli 2016

Jetzt zeuselt Berset am Pulverfass

<http://www.tagblatt.ch/intern/meinungen/meinung/Jetzt-zeuselt-Berset-am-Pulverfass:art120369,4681895>

Tages-Anzeiger, 07.07.2016

Der Sprachenstreit beginnt schon beim Lehrmittel

Der Widerstand gegen den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule wächst. Und dort, wo Frühfranzösisch unbestritten ist, regen sich Lehrer und Eltern über die Schulbücher auf.

Felix Schindler

Kaum jemand wird je wissen müssen, dass der «Schiffshalterfisch» auf Französisch «*rémora*» heisst. Und wer «*Iltis*» nicht als «*putois*» übersetzen kann, wird auch gut durchs Leben kommen. Das sind zwei Worte, die Drittklässler lernen, die mit dem Französischlehrmittel «*Mille feuilles*» arbeiten. Dafür können sie keine Verben konjugieren.

«*Mille feuilles*» ist ein Lehrmittel des interkantonalen Spracherwerbskonzepts «*Passepartout*». Zum Einsatz kommt es in den Kantonen Basel-Stadt, Baselland, Bern, Freiburg, Solothurn und Wallis. Diese sechs Kantone bilden eine Achse durch die Schweiz, westlich davon wird Französisch gesprochen, östlich davon wächst der Widerstand gegen die Drohung von Innenminister Alain Berset (SP), alle Kantone zum Frühfranzösisch zu verpflichten. Im Kanton Thurgau soll das Frühfranzösisch auf das Schuljahr 2017/18 abgeschafft werden, in acht weiteren Kantonen bröckelt die Unterstützung für den Fremdsprachenunterricht.

«Schö» ist so gut wie «je»

In den sechs *Passepartout*-Kantonen ist die Stimmungslage anders: Das Frühfranzösisch ist unbestritten. Es herrscht ein Konsens darüber, dass Kinder möglichst früh Französisch lernen sollen. Heute tun sie es ab der 3. Klasse – ab der 5. kommt Englisch dazu. So, wie es der Sprachenkompromiss der EDK vorsieht. Bertschs Warnschuss vom Mittwoch geht dort deshalb ins Leere. Trotzdem wird in den *Passepartout*-Kantonen genauso heftig über Bildung gestritten.

Grund für den Streit ist «*Mille feuilles*». Das Lehrmittel stellt laut einer Selbstdeklaration «Handeln und Kommunizieren» in den Vordergrund, nicht Grammatik und Vokabelnpauken. Den Kindern werden Sachtexte vorgesetzt, die sie vielleicht nie restlos verstehen werden, aber interessant finden. Sinnbildlich dafür ist der «*Percnoptère*» geworden – Französisch für «Schmutzgeier» – ein Wort, das auch auf Deutsch kaum jemand kennt. Fehler machen ist Teil des Konzepts. So übersetzen die Kinder «ich» anfangs mit «schö» – und kein Lehrer interveniert.

Am heftigsten ist die Opposition im Baselbiet. Das reformkritische Komitee «Starke Schule» lancierte eine Initiative zum Ausstieg aus dem *Passepartout*-Konkordat. Eine zweite Initiative fordert, dass in der Primarschule nur eine Fremdsprache unterrichtet werde – Französisch, womit sie ebenfalls einen Grundsatz des *Passepartout*-Konzepts infrage stellt. Vorstandsmitglied Jürg Wiedemann sagt: «Manche Kinder können nach drei Jahren Französisch praktisch keinen französischen Satz sagen.» Das sei für viele frustrierend. Die Kritik wurde so laut, dass der Verlag bereits Korrekturen angekündigt hat. Doch Wiedemann sagt, er werde sich nur damit arrangieren, wenn «*Mille feuilles*» wirklich grundlegend geändert wird».

Die Fremdsprachendidaktikerin Barbara Grossenbacher, Professorin an der Fachhochschule Nordwestschweiz, hat das Lehrmittel mitkonzipiert. «*Mille feuilles*» verfolge eine Didaktik, die vielen Eltern fremd sei. «Sie sehen deshalb nicht, dass ihre Kinder sehr wohl etwas lernen. Sie entwickeln zum Beispiel Strategien, um komplexere Texte zu verstehen, ohne jedes Wort zu kennen. Sie entwickeln so den Mut, spontan auf eine Fremdsprache zuzugehen.» Dass die Neuerungen im Sprachunterricht Lehrer und Eltern verunsichert, verstehe sie. Man sollte jetzt aber auf wissenschaftliche Ergebnisse warten, die die Wirksamkeit dieser Didaktik nachweisen, sagt Grossenbacher. Dann werde auch eine weniger emotional geführte Diskussion möglich sein.

Der Leiter Pädagogik des Schweizer Lehrerverbands, Jürg Brühlmann, sagt, die Kritik an «Mille feuilles» sei im Grundsatz bereits 40 Jahre alt. Praktisch jedes Lehrmittel mit dem Fokus auf Kommunikation sei bei seiner Einführung stark kritisiert worden. Und zwar namentlich dort, wo Noten etwa für den Übertritt ins Gymnasium wichtig seien. «Dort wächst automatisch die Forderung nach Grammatikkompetenzen, denn diese lassen sich besser prüfen.»

Vier Landesteile, vier Sprachen

Bei einer strikt auf Grammatik ausgerichteten Didaktik kommt dem Präsidenten des Lehrerverbands, Beat W. Zemp, ein Aspekt zu kurz: «Ein wichtiges Ziel der heutigen Sprachdidaktik ist, dass Kinder verstehen, dass es vier Landesteile und vier Sprachen gibt und dass sie alle zur Schweiz gehören.» Dass ein Konsens in diesen Fragen immer schwieriger werde, ist laut Zemp kein Zufall: «Die SVP hat die Bildung vor einigen Jahren zu einem ihrer Oppositionsgebiete erklärt. Zwei Fremdsprachen in der Primarschule, Lehrplan 21 oder neue Lehrmittel: Egal, worauf sich die Kantone einigen, die SVP ist dagegen.»

<http://www.derbund.ch/schweiz/standard/Der-Sprachenstreit-beginnt-schon-beim-Lehrmittel/story/30631750>

NZZ, 8.7.2016

Raclette reicht nicht

Daniel Gerny

Noch hatte Bundesrat Alain Berset seine Ausführungen zur Revision des Sprachengesetzes kaum beendet, da ertönten aus den Kantonen schon erste Referendumsdrohungen. An seiner Sitzung vom Mittwoch hat der Bundesrat eine Vorlage präsentiert, die die Kantone dazu zwingen soll, sich an den im Jahr 2004 beschlossenen und später bestätigten Sprachenkompromiss zu halten. Er lautet: In der ganzen Schweiz werden in der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet. Die erste ab der dritten Klasse, die zweite ab der fünften (Modell 3/5). Eine der beiden Sprachen muss eine Landessprache sein.

Schon früh sorgten Zweifel am Erfolg des Frühsprachunterrichts dafür, dass man sich von diesem Übereinkommen distanzierte. Das Thurgauer Parlament will aus dem Kompromiss aussteigen und den Französischunterricht in die siebte Klasse verschieben. Und vielleicht schon im nächsten Jahr entscheidet im Kanton Luzern das Volk über eine Initiative mit ähnlicher Stossrichtung. Es ist vor dem Hintergrund dieser Diskussionen verständlich, dass die Kantone auf ihre Souveränität in Bildungsfragen pochen und Widerstand ankündigen – zumal sie vor kurzem in einem Brief erneut bestätigt haben, den Harmonisierungsauftrag der Verfassung zu erfüllen.

Bloss sollte vor lauter Föderalismus und Bildungswissenschaft das Bewusstsein für die Funktion und die Bedeutung der Landessprachen nicht abhandenkommen. Auch wenn es nirgends ausgedeutet wird: Die gegenwärtige Debatte richtet sich in ihrer Wirkung gegen das Französisch. Es akzentuiert sich eine Entwicklung, die sich seit Beginn der Fremdsprachen-Harmonisierung zeigt: Englisch als dominierende Wirtschafts- und Wissenschaftssprache verdrängt die zweite Landessprache. Es ist weder Zufall, dass die Verschiebung des Französischunterrichts in Kantonen ohne Sprachgrenze zum Thema wird, noch, dass die Gegenreaktion aus einem Department unter welschem Vorsitz kommt.

Dabei ist das Französisch schon heute in der Defensive: In Städten wie Biel gerät die Zweisprachigkeit unter Druck, Politiker ohne rhetorisches Talent in Deutsch bringen ihre Botschaft auf nationaler Ebene kaum unters Volk, und Cousins aus unterschiedlichen Landesteilen unterhalten sich lieber in Englisch. Das ist von Bedeutung, weil Verstehen in einer eigenen Landessprache mehr bedeutet als das bloss Verstehen in einer für beide fremden Sprache. Es erfordert das Eingehen auf Rhythmus, Kultur und Temperament des andern – wer in Italien in den Ferien ist, kennt dieses Gefühl. Ohne diese Verbundenheit fehlt der Schweiz nicht nur eine Klammerfunktion, sondern auch ein wirtschaftlicher Trumpf: zum Beispiel bei der Arbeitsmigration, die schon heute über die Landesgrenzen leichter fällt als zwischen den Sprachregionen.

Das Französisch braucht die Aufmerksamkeit, die das Englisch heute ohne bildungspolitisches Zutun auf sich zieht. Schülerinnen und Schüler wachsen dank Youtube, Immersionsklassen oder Expats auf Pausenhöfen und in Sportklubs weit selbstverständlicher mit Englisch auf als jede Generation zuvor. Das ist der grösste Trumpf dieser Sprache. Das Gefühl für die Westschweiz aber schwindet – und beschränkt sich irgendwann nur noch auf Käse. Doch Raclette zu mögen, reicht nicht aus. Man sollte es dort, wo es herkommt, auch bestellen können.

<http://webpaper.nzz.ch/2016/07/08/meinung-und-debatte/OLLW7/raclette-reicht-nicht>

1 Kommentar:

[Urs Kalberer 8. Juli 2016 um 20:23](#)

"Doch Raclette zu mögen, reicht nicht aus. Man sollte es dort, wo es herkommt, auch bestellen können." Die Verknüpfung von Frühfranz und besseren Sprachkenntnissen ist ja genau das, was nicht klappt. Und das hat offenbar weder Alain Berset noch Daniel Gerny kapiert. Würden diese sich mal die Mühe machen und hinschauen, was unsere Kinder und Jugendlichen nach 7 Jahren Franz können, dann müssten doch auch bei ihnen die Alarmglocken läuten.

Tagblatt, 8. Juli 2016

Thurgauer empört über Bundesrat

FRAUENFELD. Bundesrat Alain Berset will den Thurgau zwingen, Frühfranzösisch beizubehalten. Das stösst auf harsche Kritik. «Es ist schade, dass er so einen Schlamassel anrichtet», sagt SP-Präsidentin Barbara Kern. Sie sei zwar für das Frühfranzösisch. Aber es sei nun einmal ein parlamentarischer Entscheid, dieses im Thurgau abzuschaffen. «Die Bildungshoheit haben in der Schweiz die Kantone. Den Föderalismus gewichte ich stärker als die Notwendigkeit von Frühfranzösisch.»

Eine Drohung

Anne Varenne, Präsidentin von Bildung Thurgau, hat zwar damit gerechnet, dass Alain Berset durchgreift. «Ich bedaure aber, dass er es getan hat.» Ihrer Meinung nach können die Thurgauer Schülerinnen und Schüler am Ende der Volksschule genauso gut Französisch wie diejenigen, die bereits in der Primarschule Französischunterricht hatten. Sie sagt auch, dass das letzte Wort im Thurgau noch nicht gesprochen ist. «Wir müssen abwarten, was die Auswertung der Vernehmlassung zum neuen Lehrplan ergibt.» Dort habe es kritische Stimmen zur Abschaffung des Frühfranzösisch gegeben.

«Es ist ein Affront, dass Alain Berset von oben diktieren will, wie die Stundenpläne auszusehen haben. Er droht ja regelrecht mit Zentralisierung», sagt David H. Bon, Präsident der FDP. Seine Partei sei zwar im Grundsatz derselben Ansicht wie Berset, nämlich, das Frühfranzösisch nicht abzuschaffen. «Doch der Thurgau hat entschieden. Es geht nicht, dass der Bundesrat den Föderalismus derart untergraben will.» Bon sieht den nationalen Zusammenhalt nicht gefährdet. Er erwartet, dass sich die Thurgauer Bundesparlamentarier gegen die Pläne des Bundesrates wehren.

«Nicht klein begeben»

«Auf keinen Fall» dürfe der Thurgau jetzt klein begeben, rät GLP-Präsident Robert Meyer. Ob das eidgenössische Parlament Alain Berset folgen werde, sei offen. Gleichzeitig jedoch gelte, dass der Grosse Rat eigentlich auch eingeknickt sei – «nämlich gegenüber dem Volksentscheid von 2006 für zwei Fremdsprachen in der Primarschule». Das Vorpreschen von Berset sei unverhältnismässig, sagt EDU-Präsident Hanspeter Trachsel. «Das Ziel ist es doch, dass die Schüler eine zweite Landessprache lernen. Ob sie dies in der Primarschule tun oder in der Oberstufe, ist nicht entscheidend.» Die Schüler seien mit zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe überfordert. (ck/mvl)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Thurgauer-empoert-ueber-Bundesrat:art120094.4683096>

Starke Schule Baselland, 7. Juli 2016

Lehrplan mit klaren Inhalten statt diffusen Kompetenzbeschreibungen

Heute, am 7. Juli 2016, lanciert die Starke Schule Baselland die Initiative "*Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen*". Bis Ende Oktober möchten wir die notwendigen 1'500 Unterschriften sammeln.

Die formulierte Gesetzesinitiative (siehe [Unterschriftenbogen](#)) will mit einem neuen Artikel im Bildungsgesetz verankern, dass die Stufenlehrpläne der Volksschulen ausschliesslich Stoffinhalte und Themen enthalten und dass diese massgebend sind. Kompetenzbeschreibungen sollen in einem separaten Anhang aufgenommen werden und den Lehrpersonen als Hilfeleistung dienen.

Mit dieser Initiative würden als Grundlage für den Unterricht auch künftig Inhalte und Themen dienen und nicht 3'500 teilweise abstrakte oder diffuse Kompetenzbeschreibungen, die kaum messbar sind und die jede Lehrperson anders interpretieren kann. Eine echte Harmonisierung der Schulen kann nur erreicht werden, wenn die Lerninhalte für jedes Fach und jedes Schuljahr klar definiert sind. Wechselt eine Familie ihren Wohnort von A nach B, erhalten die Kinder in der Schule fachliche Schwierigkeiten, wenn der Unterrichtsstoff nicht übereinstimmt. Dies war auch der Grundgedanke bei der Harnos-Abstimmung.

Bereits heute spielen Kompetenzen im Unterricht eine wichtige Rolle, die von Lehrpersonen durch ihren Stoffplan erreicht werden. Massgebend müssen aber auch künftig die Stoffinhalte und Themen bleiben. Nicht umsetzbare Kompetenzbeschreibungen als Mass aller Dinge im Lehrplan festzuschreiben, ist ein Rückschritt in den Bestrebungen die Schulen zu harmonisieren. Deshalb soll ein Katalog mit sinnvollen Kompetenzbeschreibungen in einem Anhang zu den Stufenlehrplänen aufgenommen werden und den Lehrpersonen als Hilfeleistung dienen.

Mit dieser Initiative wird auch die neue Philosophie "selbstorientiertes Lernen" (SOL) eingeschränkt. Diese neue Unterrichtsmethode zeichnet sich dadurch aus, dass die Schüler/-innen einen grossen Teil ihrer Unterrichtszeit z.B. in Grossraumklassenzimmern von bis zu 70 Kindern selber planen und organisieren müssen. Sie werden in dieser Zeit weitgehend sich selbst überlassen. Insbesondere leistungsschwächere Schüler/-innen haben damit erhebliche Schwierigkeiten und verfehlen die Lernziele deutlich. Die Schere zwischen den leistungsstärkeren und den leistungsschwächeren Schüler/-innen würde mit dem rein auf Kompetenzen aufgebauten Lehrplan 21 in der heutigen Version weiter auseinanderdriften.

Der Lehrplan 21 führt mittelfristig dazu, dass die Lehrpersonen die Schüler/-innen nicht mehr als Fachpersonen mit hoher Fachkompetenz unterrichten, sondern als Allrounder, die von vielem ein wenig, aber von nichts mehr ein fundiertes Wissen haben.

Wir freuen uns, wenn Sie den [Unterschriftenbogen](#) ausdrucken und uns bis spätestens am 18. Oktober zurücksenden. Auf Wunsch [senden](#) wir Ihnen Unterschriftenbogen auch per Post zu.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

<http://starke-schule-baselland.ch/Home.aspx>

20 Minuten, 07. Juli 2016

Bildungsinitiative

Starke Schule Baselland will Lehrplan umbauen

Lerninhalte statt Kompetenzen und klare Unterrichtsstrukturen statt selbstorientiertes Lernen: Dies fordert die neuste Initiative des Komitees Starke Schule Baselland.



Das Komitee Starke Schule Baselland um den Lehrer Jürg Wiedemann gibt in der Baseltaler Bildungspolitik mit einer Flut von Volksinitiativen den Takt vor. (Bild: zvg)

Eine formulierte Initiative zum Lehrplan 21 will im Kanton Baselland die Stufenlehrpläne der Volksschulen auf relevante Stoffinhalte und Themen beschränken. Dazu soll das kantonale Bildungsgesetz um einen Artikel erweitert werden, fordert das Komitee Starke Schule Baselland. Hinter dem Komitee steht der Landrat (Grüne Unabhängige) und Sekundarlehrer Jürg Wiedemann.

Das Komitee kritisiert in einer Mitteilung vom Donnerstag die 3500 verschiedenen Kompetenzbeschreibungen des Lehrplans 21 als teils diffus und kaum messbar. Daher sollten sie aus dem Lehrplan gestrichen und so weit sinnvoll in einem Anhang definiert werden. Die Unklarheiten erschwerten die Schulharmonisierung und die Mobilität.

«Lehrplan 21 senkt Unterrichtsqualität»

Für das Komitee bringt die von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und vom Bildungsrat vorgeschlagene Lehrplanversion eine Normierung und Gleichschaltung der Schulkinder, ein «überholtes Gesamtschulkonzept ohne differenzierte Leistungsprofile». Zudem würden Lehrpersonen zu blossen Lern-Coaches «degradiert».

Gemäss dem Komitee senkt der Lehrplan 21 die Unterrichtsqualität. Die EDK habe ihn überdies ohne Auftrag, ohne Legitimation und ohne Einbezug der Schulen «im stillen Kämmerlein» ausgearbeitet. Im Detail wird zudem das Lehrplan-Konzept des selbstorientierten Lernens als Überforderung für schwache Schulkinder gebrandmarkt.

Ein Dutzend Bildungsinitiativen

Das Komitee will die für das Zustandekommen nötigen 1500 Unterschriften bis am 18. Oktober sammeln. Die Initiative mit dem Titel «Ja zu Lehrplänen mit definierten Stoffinhalten und Themen» ist im Baseltaler Amtsblatt vom Donnerstag publiziert worden. Das Volksbegehren ist das zwölfte dieses Komitees.

Die Einführung des Lehrplans 21 ist an der Baseltaler Sekundarstufe auf das Schuljahr 2018/19 vorgesehen. An der Primarschule ist der Lehrplan 21 im vergangenen Sommer in Kraft getreten.

<http://www.20min.ch/schweiz/basel/story/31229365>

Zeit-Fragen, 21.6.16

ADHS – eine längst fällige Diskussion zu Ende führen

von Dr. phil. Bernadette Fontana, Sonderpädagogin und Psychologin

Es ist nun schon über zwanzig Jahre her, seit die Frage, wie auffälliges Verhalten von Kindern zu erklären und zu behandeln sei, im Raum steht. Beunruhigende Zahlen zum Anstieg von Diagnosen und verschriebenen Medikamenten sorgen kurzfristig für Aufsehen, dann bestimmen andere Tagesaktualitäten die Diskussion. Der folgende Artikel greift die Fragestellungen wieder auf, in der Hoffnung, die längst fällige Auseinandersetzung weiterzuführen.

Heute habe ich meine Pille nicht genommen ...

Fabienne sitzt mit ihren Mitschülerinnen beim Mittagessen in ihrer Schule. Ihr Teller ist bereits zum zweiten Mal leer. «Ich habe heute Hunger, ich habe nämlich mein Tablettchen nicht genommen.» Das zierliche, für sein Alter sehr kleine Mädchen steht auf und holt sich verschmitzt lächelnd eine weitere Portion. – «Er braucht die Medikamente, sonst würde er unkontrolliert auf die anderen Kinder losgehen. Das kennen wir von früher», erklärt ein Vater der Lehrerin. – «Mein Sohn war schon immer aktiver und lebendiger als seine Geschwister. Mir gefällt es, wenn er eine eigene Meinung hat und sich nicht einfach allem unterordnet, wie wir es mussten», meint ein Vater. – «Ich bin froh, wenn wir es einmal ohne Medikamente versuchen können. Ich habe immer ein mulmiges Gefühl, wenn ich meinem Kind die Tablette hinlege», gibt eine andere Mutter zu bedenken, «aber man hat mir gesagt, mein Kind brauche das, so wie ein zuckerkrankes Kind Insulin brauche.» – «Ich möchte nicht, dass mein Kind durch Chemie gesteuert wird», sagt ein Vater, als in einem Gespräch zur Diskussion steht, seinem Sohn mit Medikamenten zu einem ruhigeren und konzentrierteren Verhalten zu helfen. – «Die Medikamente absetzen, nein, sicher nicht. Sie sollten meine Tochter einmal zu Hause erleben, wie sie auf ihre jüngere Schwester losgeht, wenn ich mit ihr Hausaufgaben mache. Ohne Medikamente wäre das nicht zum Aushalten», meint eine Mutter entschieden auf die Frage der Lehrerin, ob sie auch schon einmal darüber nachgedacht habe, mit dem Kinderpsychiater über eine Reduktion der täglichen Dosis Ritalin zu sprechen; dies auf Grund ihres positiven Verhaltens in der Schule.

Das sind Äusserungen von Kindern und von Eltern, bei deren Kind in kinderpsychiatrischen Abklärungen ein ADHS diagnostiziert wurde (AD(H)S = Aufmerksamkeitsdefizit-(Hyperaktivitäts)-Syndrom). Die Kinder zeigen mangelnde Aufmerksamkeit, Impulsivität und hyperaktives Verhalten, wodurch sie grosse Schwierigkeiten zu Hause und in der Schule hatten und haben. Die Äusserungen spiegeln die unterschiedlichen Auffassungen, wie das auffällige Verhalten dieser Kinder von ihren Eltern beurteilt werden kann. Sie zeigen aber vor allem auch deren Sorge, ihrem Kind keinen Schaden zufügen zu wollen und alles zu tun, damit es seinen Weg ins Leben findet. Alle Beteiligten haben eine schwierige Zeit hinter sich und viele Versuche, das Problem anzugehen. Bei den meisten stand im Laufe der schulpsychologischen oder kinderpsychiatrischen Abklärungen die Frage im Raum, ob ein Medikament mit psychoaktiven Substanzen hilfreich sein könnte. Viele Kinder und Jugendliche nehmen deshalb Tabletten mit dem Wirkstoff Methylphenidat (zum Beispiel Ritalin, Concerta, Medikinet, Equasym). Gemäss Studien sollen es 40 % aller Kinder sein, denen man ein ADHS zuschreibt.

Die steigende Abgabe dieser Medikamente an Kinder sorgt seit Jahren immer wieder für Diskussionen und Presseartikel. Im letzten August berichtete der Beobachter über eine Zunahme der gelieferten Menge von Methylphenidat an Apotheken in der Schweiz um 810 % im Zeitraum 2000 bis 2014. Diese von Swissmedic veröffentlichten Zahlen entsprechen 100 000 Tabletten à 10 mg täglich.² Immerhin ein Medikament, das auf der Betäubungsmittel-liste steht! Aber es lässt sich damit gut Geld verdienen. Auch wenn die Umsatzzahlen rückläu-

fig sind (es gibt vermehrt Generika), waren es im Jahr 2015 immerhin 366 Millionen US-Dollar, die in der Schweiz mit dem Verkauf von Ritalin umgesetzt wurden.³

Untersuchungen zu Methylphenidat – gesponserte Studien mit wenig Aussagekraft

Im November 2015 berichteten die Medien über eine Untersuchung des Cochrane-Institutes zur Medikamentenabgabe an Kinder mit einem ADHS.⁴ Die Cochrane Collaboration ist ein weltweites Netz von Wissenschaftlern und Ärzten, die systematische Übersichtsarbeiten zur Bewertung von medizinischen Therapien erstellen, aktuell halten und bewerten. Die wichtigste Vorbedingung, um die Unabhängigkeit der Forschung zu gewährleisten, ist der Verzicht der Forschergruppe auf industrielle oder pharmazeutische Förderung.⁵ Dadurch sollen ihre Arbeiten systematische Fehler und Bias⁶ ausschliessen. In der erwähnten Studie widmeten sich die Forscher der Frage, wie schlüssig bisherige Untersuchungen sind, mit denen die Wirkung von Methylphenidat bei Kindern und Jugendlichen mit ADHS untersucht wurde. Dazu nahmen sie 185 Studien unter die Lupe, in denen Teilnehmer zufällig einer von zwei oder mehreren Testgruppen zugeteilt wurden.⁷ An den Studien hatten 12 245 Kinder oder Jugendliche mit einer ADHS-Diagnose teilgenommen. Die meisten Studien verglichen Methylphenidat mit einem Placebo.⁸ Die Forscher konstatierten, dass die meisten Studien klein und von niedriger Qualität waren. Sie hielten fest, dass die Medikamente möglicherweise einige der Hauptsymptome von ADHS verbessern können. Die bisher evaluierten Nebenwirkungen (Schlafprobleme und verminderter Appetit) stuften sie als nicht schwerwiegend ein, und kurzfristig stellten sie auch kein erhöhtes Risiko schwerer, lebensgefährlicher Nebenwirkungen fest.

Hier ist anzumerken, dass auch Schlafstörungen und verminderter Appetit zu grossen Problemen im Leben des Kindes und dessen Familie führen können. Die zahlreichen möglichen weiteren, teilweise sehr schwerwiegenden Nebenwirkungen sind auf den entsprechenden Packungsbeilagen aufgeführt.⁹ Wenn auch nur ein einziges Kind als mögliche Nebenwirkung einen Suizidversuch macht, einen Herzstillstand erleidet oder Wahnvorstellungen hat, so ist das eine menschliche Tragödie.

Die Studie hält weiter fest, dass keine genauen Aussagen gemacht werden konnten, wie stark der Nutzen von Methylphenidat tatsächlich ist. Ebenso wenig konnte überprüft werden, wie sich die Einnahme langfristig auf die körperliche und seelische Entwicklung eines Kindes auswirkt, da die Studien alle über einen kurzen Zeitraum gemacht wurden (vereinzelt bis maximal 14 Monate). Die Behandlung hatte im Durchschnitt jedoch nur 75 Tage (zwischen 1 und 425 Tagen) gedauert. Eine Langzeitwirkung des Medikamentes zu bewerten war nicht möglich, weil Studien fehlten, welche sich mit Kindern und Jugendlichen befassen, die über einen langen Zeitraum Methylphenidat nehmen oder genommen haben und allenfalls schon erwachsen sind. Die Forscher des Cochrane-Netzwerkes forderten deshalb Studien mit längerer Nachbeobachtungszeit, um dieses Risiko besser einschätzen zu können. Sie stellten jedoch fest, dass solche Studien schwierig zu machen seien und mit erheblichen ethischen Bedenken verbunden wären. Ein wichtiges Ergebnis war die mangelhafte Aussagekraft der untersuchten Studien, die als niedrig eingestuft wurde. Die Kritik ging dahin, dass es für die Studienbeteiligten leicht möglich war, herauszufinden, zu welcher der Testgruppen die Kinder gehörten (mit Methylphenidat oder ohne). Dann war die Berichterstattung der Ergebnisse in vielen Studien unvollständig, und je nach Studie schwankten auch die Ergebnisse. Bezüglich der Unabhängigkeit der Forschenden hielt die Cochrane-Gruppe fest, dass 72 (= 40%) der 185 eingeschlossenen Studien von der Industrie finanziert waren.

Zurück bleibt ein berechtigtes Unbehagen: von den produzierenden Firmen gesponserte Studien von niedriger Qualität als Beweis für den Nutzen von Medikamenten für Kinder.

Unsichere Diagnosen – ADHS, eine erfundene Krankheit

Es gibt keinen klinischen Test, um ein ADHS festzustellen. Das im Unterschied zu Krankheiten

mit klaren körperlichen Ursachen wie zum Beispiel Diabetes. Bei solchen Krankheiten kann man die Blutwerte überprüfen und feststellen, ob jemand davon betroffen ist oder nicht. Ein medizinisches Messverfahren für die Diagnose eines ADHS ist auch nicht in Sicht. Es wird anhand von bestimmten Kriterien – oft mit Hilfe spezieller Fragebögen – beurteilt. Sie werden von Eltern oder auch Lehrpersonen ausgefüllt: Hat ein Kind Schwierigkeiten, Aufgaben oder Aktivitäten zu organisieren? Zappelt es mit Händen oder Füßen oder rutscht auf dem Stuhl herum? Widerspricht es Erwachsenen? Usw.¹⁰ In der Fachliteratur werden zwar eine ganze Reihe von Schritten beschrieben, die bei der Diagnosefindung vollzogen werden müssen.¹¹ Aber auch wenn das Verfahren genauso durchgeführt wird – was nicht immer der Fall ist –, so gibt es letztlich keinen ADHS-Quotienten, keinen Bio-Marker. Alle Werte, Angaben und Beobachtungen müssen interpretiert werden und sind subjektive Entscheidungen des Untersuchenden. Diese Subjektivität zeigt sich auch darin, dass zum Beispiel im Tessin weniger ADHS-Diagnosen gemacht werden und weniger Ritalin verschrieben wird als in der Deutschschweiz. Diese unterschiedliche Verschreibungspraxis hängt nach Oskar Jenny, Leiter der Abteilung Entwicklungspädiatrie am Kinderspital Zürich, möglicherweise damit zusammen, dass die Erwartungen an die Kinder je nach Kulturraum anders seien. Je nachdem werde eine grössere Abweichung von der Norm toleriert.¹²

Diagnosen können jedoch schwerwiegende Folgen haben, wie Monika Fry, leitende Ärztin im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst Graubünden, in einem Artikel in der Schweizerischen Ärztezeitung zu bedenken gibt: «Eine gestellte Diagnose kann sich wesentlich auf das Selbstwertgefühl und somit die Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes oder Jugendlichen auswirken. Kinder haben kaum Möglichkeiten, sich gegen Interpretationen ihres Verhaltens durch Erwachsene zu wehren, obwohl sie Wesen mit Eigenaktivität ab dem ersten Atemzug sind.»¹³ Zu bedenken muss in erster Linie das persönliche Leid geben, das eine falsche Diagnose nach sich ziehen wird.

Noch mehr zu denken gibt das Bekenntnis des «Erfinders» des ADHS: Der amerikanische Psychiater Leon Eisenberg gestand kurz vor seinem Tod dem Medizinjournalisten Jürg Blech, dass ADHS ein Paradebeispiel einer fabrizierten Krankheit sei. Er sei jetzt der Meinung, Kinderpsychiater müssten viel gründlicher die psychosozialen Gründe ermitteln, die zu diesen Verhaltensauffälligkeiten führen könnten.¹⁴

Wachsame Volksvertreter – Paradigmenwechsel im Menschenbild

Als nach der Jahrtausendwende vermehrt Kinder zur Schule gingen, die psychoaktive Substanzen wie Ritalin einnahmen, beunruhigte das viele wache Bürgerinnen und Bürger. Die stetig zunehmende Zahl von Diagnosestellungen und die Abgabe von Psychopharmaka an Kinder führte zu parlamentarischen Vorstössen auf kantonaler und nationaler Ebene. Allein der Kantonsrat Zürich befasste sich zum Beispiel zwischen 2004 und 2015 mit sieben Postulaten und einer Interpellation, welche die Abgabe von Ritalin an Kinder und Jugendliche thematisierten.¹⁵ So forderte im Jahr 2006 ein Postulat im Kantonsrat Zürich die Erhebung der Diagnosestellung und Behandlung psychischer Störungen in den vergangenen fünf Jahren und ein Monitoring vorerst für die kommenden drei Jahre. Damit sollte geprüft werden, ob der Anstieg der verschriebenen Psychopharmaka zu Lasten anderer therapeutischer Massnahmen erfolgt sei und wenn ja, warum. In der Begründung der Anfrage heisst es:

«Die Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie im Kanton Zürich befindet sich in einem Paradigmenwechsel. Ein biologistisches Menschenbild löst das humanistische und sozialwissenschaftliche ab¹⁶, und mit diesem verändern sich die Behandlungsweisen von Entwicklungsstörungen, Krankheiten und Verhaltensauffälligkeiten. Psychische Störungen werden vermehrt als biochemische Störungen im Hirn verstanden, und die Behandlung erfolgt zunehmend mit der Gabe von chemischen Substanzen, welche die neurobiologischen Hirnfunktionen so beeinflussen, dass das unerwünschte Verhalten verschwindet. Nach psychosozialen Ursachen und Umweltbe-

dingungen, welche das Auftreten bestimmter Verhaltensauffälligkeiten und psychischer Störungen begünstigen, wird immer weniger gefragt.»¹⁷

Diese Entwicklung forderten die Aufmerksamkeit der Politik, verlangten die unterzeichnenden Kantonsrätinnen und wiesen darauf hin, dass sich zum Beispiel die Abgabe von Ritalin oder analoger Medikamente zwischen 1996 und 2000 versiebenfacht habe. Der Regierungsrat beantragte in seiner Antwort, das Postulat nicht zu überweisen. Er begründete das mit der Entwicklung neuer Behandlungsformen, der Therapiefreiheit der behandelnden Ärztinnen und Ärzte, der Überprüfung von Medikamenten durch Swissmedic und den durch ein Monitoring anfallenden Kosten.¹⁸ In den folgenden Jahren gab es weitere Postulate, und auch auf nationaler Ebene wurden verschiedentlich parlamentarische Vorstösse zum Thema eingereicht.¹⁹ Schliesslich wurde bei der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit den gestellten Fragen befasste. Die Studie kam zum Schluss, dass das Medikament sorgfältig verschrieben werde, die Schweiz im Vergleich mit anderen Industriestaaten gut dastehe und auf Bundesebene die nötigen Massnahmen getroffen worden seien.²⁰ Damit wurde die Diskussion zum Thema abgeschlossen.²¹

«Eingriff in die Freiheit und die Persönlichkeitsrechte des Kindes»

Im Jahre 2011 hatte sich auch die Nationale Ethikkommission NEK-CNE mit der Frage befasst. In ihrem Bericht²² zeigte sie sich besorgt über eine steigende Tendenz von pharmakologischen Eingriffen bei Kindern. Hier würden die Erwachsenen, wenn auch mit dem Ziel, «das Beste zu wollen», über das Kind als noch nicht (voll) urteilsfähige Person entscheiden. Oft gehe es den Eltern darum, dass das Kind im Wettbewerb um Ausbildung und Arbeitsplatz gut bestehe, indem vor allem seine kognitiven, aber auch emotionalen und sozialen Fähigkeiten verbessert und seine «Stressresistenz» gesteigert werde. Die NEK-CNE gab aus ethischer Perspektive zu bedenken, dass die Diagnose beispielsweise eines Aufmerksamkeitsdefizitsyndroms, eines oppositionellen Trotzverhaltens oder einer Angststörung eine fachliche Herausforderung darstelle, weil die Abgrenzung zwischen normalen und krankhaften kindlichen Verhaltensweisen schwierig zu ziehen sei. Man könne der Anpassung kindlichen Verhaltens an bestehende Normen und deren soziale Integration gegenüber positiv eingestellt sein. Die NEK-CNE hatte hier jedoch Bedenken:

«Darin liegt ein Eingriff in die Freiheit und die Persönlichkeitsrechte des Kindes. Weil pharmakologische Wirkstoffe zwar Verhaltensveränderungen verursachen, das Kind aber damit nicht lernt, wie es solche Verhaltensänderungen selbst erzielen kann, wird dem Kind eine wichtige Lernerfahrung für eigenverantwortliches Handeln vorenthalten: nämlich sein Verhalten durch eigene Entscheidungen – und nicht (allein) durch fremde Mittel – zu beeinflussen und damit Verantwortung übernehmen zu können. [...] Der Konsum pharmakologischer Mittel kann noch weitere Auswirkungen auf den Charakter haben, weil dem Kind vermittelt wird, dass es nur mit Hilfe solcher Mittel in sozial anerkannter Weise «funktioniert». Insofern seine Charaktereigenschaften medikamentös angepasst und von Psychopharmaka abhängig gemacht werden, hat es Folgen für seine Persönlichkeitsbildung und sein Selbstwertgefühl und könnte die Ausbildung von Mustern für Suchtverhalten begünstigen. [...] Der Konformitätsdruck, unter dem Kinder von seiten der Eltern und Bildungseinrichtungen stehen, erzwingt einen Standard an Normalität, der die Toleranz gegenüber Kindlichkeit abnehmen lässt. Auch könnte sich die Vielfalt von Temperamenten und Lebensweisen reduzieren und damit letztlich das Recht des Kindes auf einen offenen Lebensweg gefährdet werden. Die NEK-CNE plädiert dafür, die Lebensverhältnisse den Interessen und Bedürfnissen der Kinder anzupassen.»

Die NEK-CNE forderte deshalb, die gegenwärtige Verschreibungspraxis von Psychopharmaka bei Kindern zu überprüfen, die Ursachen des höheren Verbrauchs zu klären und die Kinder vor übermässigem Gebrauch zu schützen.²³

Zu viele Diagnosen – zu viele Medikamente

Seit die Schweiz die Uno-Kinderrechtskonvention (KRK) ratifiziert hat, erfolgt in regelmässigen Abständen eine Einschätzung durch die Uno, wie die Umsetzung der KRK in der Schweiz durchgeführt wird. Der Bericht wurde am 4. Februar 2015 publiziert. Aus den über hundert Empfehlungen wurden diejenigen zur psychischen Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen als vordringlich zu behandelnde ausgewählt. Die Schweiz wurde durch den zuständigen Ausschuss der KRK darauf hingewiesen, dass Kinder in der Schweiz zu häufig die Diagnose Aufmerksamkeits-/Hyperaktivitätsstörung ADHS oder Aufmerksamkeitsstörung ADS erhalten würden, des weiteren sei man besorgt über den damit verbundenen Anstieg der Verschreibung von Methylphenidaten wie Ritalin, Concerta und so weiter. Dann war der Ausschuss auch beunruhigt über Berichte, wonach Kindern mit Schulverweis gedroht würde, deren Eltern der Behandlung mit psychotropen Substanzen und anderen Psychostimulanzien nicht zustimmen würden.²⁴

Zusammenfassend heisst es unter dem Titel Psychische Gesundheit (Punkt 60 und 61):

«Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat:

a Studien zu nicht medikamentösen Diagnose- und Therapieansätzen bei ADHS und ADS durchzuführen;

b sicherzustellen, dass die Gesundheitsbehörden den Ursprung der Unaufmerksamkeit im Klassenzimmer ermitteln und die Diagnostik von psychischen Gesundheitsproblemen bei Kindern verbessern;

c die Unterstützung für Familien zu verbessern, einschliesslich des Zugangs zu psychosozialer Beratung und psychologischer Unterstützung, und sicherzustellen, dass Kinder, Eltern, Lehrkräfte und andere Berufsgruppen, die mit und für Kinder arbeiten, angemessene Informationen zu ADHS und ADS erhalten;

d die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass Druck auf Kinder und Eltern ausgeübt wird, einer Behandlung mit psychotropen Substanzen zuzustimmen.»²⁵

Die Schweiz hat nun bis 2020 Zeit, um diese Empfehlungen umzusetzen. Mit dem Monitoring der Umsetzung ist das Netzwerk Kinderrechte beauftragt. – Der Uno-Bericht löste viel Echo in der Presse aus. Zwar gab es die üblichen Polemiken gegen den «Überbringer» der Nachricht, in diesem Fall Pascal Rudin, Soziologe und Repräsentant der Internationalen Vereinigung der Sozialarbeiter an der Uno. Aber die meisten Presseartikel zeugten davon, dass die Frage der medikamentösen Beeinflussung des Verhaltens von Kindern nach wie vor ungelöst ist und vielen wachen Bürgerinnen und Bürgern Sorge bereitet.

Die entscheidende Frage – das Menschenbild

Unsere nachfolgende Generation braucht unseren Schutz und unsere Sorgfalt beim Umgang mit Schwierigkeiten, die sich ihnen in den Weg stellen. Dazu gehören Kinder mit Symptomen, die unter dem Begriff ADHS zusammengefasst werden. Was in der kantonsrätlichen Motion vor zehn Jahren angesprochen wurde – der Paradigmenwechsel vom humanistisch-sozialwissenschaftlichen zum biologistischen Menschenbild –, ist seither schweigend übergegangen worden. Die Diskussion fokussierte sich stark auf die neurobiologische Forschung.²⁶ Hier liegt aber der Schlüssel dafür, wie wir die anstehenden Probleme lösen wollen. Diese Diskussion erfordert einen offenen und ehrlichen Diskurs. Dabei sind unabhängige und kompetente Fachleute gefragt, genauso wie die betroffenen Eltern, Erzieher und Lehrer und wir alle als Bürgerinnen und Bürger, denen die Verantwortung für die nachwachsende Generation am Herzen liegt. •

1 AD(H)S (Aufmerksamkeitsdefizit(hyperaktivi-täts)syndrom) ist eine der am häufigsten diagnostizierten und behandelten psychiatrische Erkrankungen bei Kindern. Diesen Kindern kann es Mühe machen, gut in der Schule zu

sein, weil es ihnen schwer fällt, Anweisungen zu befolgen und sich zu konzentrieren. Ihre Verhaltensprobleme beeinträchtigen oft auch ihre Fähigkeit, gut mit der Familie oder mit Freunden auszukommen. Methylphenidat ist das Medikament, das Kindern und Jugendlichen mit ADHS am häufigsten verschrieben wird.

2 Ritalin, Irrglaube Hirndoping. In: Beobachter, 21.8.2015

3 www.novartis.com/sites/www.novartis.com/files/novartis-annual-report-2015-de.pdf, Zugriff 2.5.2016

4 Storebo, O.J. et al. Methylphenidate for children und adolescents with attention deficit hyperactivity disorder adhd (dt.: Nutzen und Schaden von Methylphenidat bei Kindern und Jugendlichen mit Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitäts-Syndrom ADHS). Abzurufen unter www.theCochranelibrary.com.

5 vgl. www.cochrane.org

6 durch falsche Untersuchungsmethoden und Voreingenommenheit verursachte Verzerrung von Untersuchungsergebnissen

7 sogenannte randomisierte kontrollierte Studien, RCTs

8 Ein Placebo enthält einen Stoff, der wie Methylphenidat aussieht und schmeckt, aber keinen aktiven Wirkstoff enthält.

9 vgl. www.compendium.ch/mpub/pnr/78405/html/de

10 vgl. ADHD/ODD-Eltern- und Lehrerfragebogen. www.pukzh.ch/default/assets/File/3_1_ADHD_ODD.pdf . Abgerufen 2.5.2016)

11 vgl. zu diesem Thema: Baumann, Thomas und Romedius, Alber. Schulschwierigkeiten: Störungsgerechte Abklärung in der pädiatrischen Praxis. Bern 2011. ISBN 978-3-456-84871-6

12 vgl. Ellner, Susanna. Im Tessin wird Ritalin weniger oft verschrieben als in der Deutschschweiz. Kinderarzt Oskar Jenni im Interview. In: NZZ am 16.1.2013

13 Fry, Monika. Diagnostik wohin. Überlegungen aus der Kinderpsychiatrie. In: Schweizerische Ärztezeitung. 2014; 95:48, 1824

14 Blech, Jörg. Schwermut ohne Scham. In: Der Spiegel 6/6.2.12. S.122-131

15 Die im folgenden erwähnten Vorstösse können auf der Webseite des Kantonsrates abgerufen werden. www.kantonsrat.zh.ch

16 Dieser Wechsel vom humanistischen Menschenbild hin zu einem in der amerikanischen Psychiatrie seit den 1980er Jahren üblichen biologistischen Menschenbild hat nachhaltige Folgen. Vergleiche dazu: Allen, Francis. Normal. Gegen die Inflation psychiatrischer Diagnosen. 2013. ISBN 978-3-8321-9700-1

17 KR-Nr. 202/2006. Postulat Abgabe von Psychopharmaka in Kinder- und Jugendlichentherapien

18 vgl. Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich. Sitzung vom 25. Oktober 2006

19 unter anderem Nationalrätliche Motionen 11.3878, Psychopharmaka, Freysinger, Oskar. 13.3013, Verschreibung von Ritalin, Kommission für Sicherheit und Soziales. 15.2.2013; 13.3536 Ritalinabgabe von Siebenthal, Erich. 20.6.2013; abzurufen unter www.parlament.ch.

20 vgl. Medienmitteilung des Bundesrates vom 19.11.2014: www.admin.ch/gov/de/start/medienmitteilung.msg-id-55280.html, abgerufen 30.4.2016

21 siehe Protokoll des Zürcher Kantonsrates, 15. Juni 2015

22 NEK-CNE. Über die Verbesserung des Menschen mit pharmakologischen Wirkstoffen. Schweizerische Ärztezeitung. 2011; 43 (vollständige Fassung online unter www.saez.ch) Diese Stellungnahme ist in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache als Download unter www.nek-cne.ch verfügbar.

23 NEK-CNE. a.a.O.

24 vgl. Vereinte Nationen. Ausschuss für die Rechte des Kindes. Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Schlussbemerkungen zum zweiten, dritten und vierten Staatenbericht der Schweiz. Februar 2015

25 Schlussbemerkungen zum zweiten, dritten und vierten Staatenbericht. Februar 2015

26 vgl. Hasler, Felix. Neuromythologie. Eine Streitschrift gegen die Deutungsmacht der Hirnforschung. 2012. ISBN 978-3-8376-1580-7